Deutscher Bundestag **Drucksache 14/8947**
14. Wahlperiode 25. 04. 2002

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Parlamentarischen Versammlung der NATO über die Frühjahrstagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO vom 27. bis 31. Mai 2001 in Wilna, Litauen

Die Frühjahrstagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO fand vom 27. bis 31. Mai 2001 in Wilna, Litauen, statt.

Der Deutsche Bundestag und der Bundesrat entsandten folgende Delegation:

Deutscher Bundestag:

Abg. Hans-Dirk Bierling (CDU/CSU),
Abg. Dr. Joseph-Theodor Blank (CDU/CSU),
Abg. Wolfgang Götzer (CDU/CSU),
Abg. Monika Heubaum (SPD),
Abg. Lothar Ibrügger (SPD),
Abg. Ulrich Irmer (F.D.P.),
Abg. Dr. Karl A. Lamers (CDU/CSU),
Abg. Markus Meckel (SPD), Leiter der Delegation
Abg. Manfred Opel (SPD),
Abg. Kurt J. Rossmanith (CDU/CSU),
Abg. Verena Wohlleben (SPD),
Abg. Uta Zapf (SPD),
Abg. Peter Zumkley (SPD),

Bundesrat:

Staatsminister Florian Gerster (SPD), Rheinland-Pfalz, Stellvertretender Delegationsleiter
Minister Heiner Bartling (SPD), Niedersachsen,
Minister Klaus Buß (SPD), Schleswig-Holstein,
Minister Dr. Gottfried Timm (SPD), Mecklenburg-Vorpommern,
Staatsminister Volker Bouffier (CDU/CSU), Hessen
Staatsministerin Ingeborg Spoerhase-Eisel (CDU/CSU), Saarland.

Ablauf der Tagung

Die Sitzungen der Ausschüsse fanden am 27., 28. und 29. Mai 2001 statt. Das Plenum tagte am 31. Mai 2000.

Die Plenarsitzung wurde vom Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung der NATO, **Rafael Estrella** (Spanien), eröffnet. Es folgten Ansprachen des Generalsekretärs der NATO und Vorsitzenden des NATO-Rats, **Lord Robertson of Port Ellen,** und des Ministerpräsidenten der Republik Litauen, **Rolandas Paksas,** mit anschließender Diskussion.

Hauptthemen der diesjährigen Frühjahrstagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO in Wilna, Litauen, waren die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP), amerikanische Pläne für ein nationales Raketenabwehrsystem, die Erweiterung der NATO und die Lage in Südosteuropa und auf dem Balkan.

Bei den auf dieser Tagung vorgelegten Berichten handelt es sich um die zu jener Zeit aktuellen Berichtsentwürfe. Die jeweils endgültige Version wird der amtlichen Unterrichtung über die Spätjahrstagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO 2001 in Ottawa, Kanada, angehängt.

Politischer Ausschuss

Der Politische Ausschuss tagte am Dienstag, den 29. Mai 2001, von 9.00 bis 18.00 Uhr. Da der Vorsitzende des Ausschusses nicht an der Sitzung teilnehmen konnte, eröffnete der stellvertretende Vorsitzende, Abg. Gross (USA), die Sitzung.

I. Tagesordnung und Themenüberblick

Hauptschwerpunkt der Debatte war die Erweiterung der NATO und die transatlantischen Beziehungen. Es lagen drei Zwischenberichte vor, von denen zwei von deutschen Berichterstattern, Abg. **Markus Meckel** und Abg. **Dr. Karl Lamers,** vorgelegt wurden. Der polnische Abg. **Pastusiak** warb dafür, dass man zukünftig die Kommentare des NATO-Generalsekretärs in den Ausschüssen in Anwesenheit des Generalsekretärs oder eines Vertreters diskutieren sollte.

II. Rede des Litauischen Außenministers Antanas Valionis

Der litauische Außenminister **Antanas Valionis** hielt eine Rede (Anlage 1) unter der Überschrift „Stärkung der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa – die litauische Sicht“. Hierin erläuterte er die bereits bekannte Position Litauens, möglichst schnell in die NATO aufgenommen zu werden. Litauen habe als erster die Initiative zur NATO-Osterweiterung angestoßen. Die Erweiterung sei eine Frage der Glaubwürdigkeit der NATO. Die baltischen Staaten bräuchten ein klares Signal, wie es um ihre sicherheitspolitische Zukunft bestellt sei. Dabei hob er

hervor, dass Litauen ein „Erbringer“ und kein „Nutzer“ von Sicherheit in Europa sei. Auch habe Litauen alle von der NATO aufgestellten Kriterien erfüllt. Litauen wolle nicht mehr als „Sonderfall“ in Europa behandelt werden. Bei der Aufnahme gehe es um historische Gerechtigkeit. In diesem Zusammenhang erinnerte er an den Molotow-Ribbentrop-Pakt. Seine Rede endete mit einem eindringlichen Appell, sich für die Aufnahme Litauens stark zu machen. Die Rede wurde vom Ausschuss mit großem Applaus aufgenommen.

III. Rede des Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Polen, Christopher Hill

Botschafter **Hill** sprach über die transatlantischen Beziehungen aus Sicht der US-amerikanischen Administration. Zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) erläuterte er, dass aus den Bemühungen der Europäer, die ESVP zu verwirklichen, eine – wie er es formulierte – „win-win-situation“ entstehen könnte, die NATO insgesamt also gestärkt hieraus hervorgehen könnte. Insofern unterstützten die US-Amerikaner die ESVP. Allerdings müssten die NATO-Staaten, die nicht in der EU sind, voll an dem Prozess und an den Entscheidungen beteiligt werden. Außerdem mache man sich in den USA Sorgen darüber, ob die Europäer – gemessen an ihren ehrgeizigen Zielen – genug Mittel in ihren nationalen Verteidigungshaushalten bereitstellen würden. Zur Frage der nationalen Raketenabwehr (NMD) hob er hervor, dass sich durch das Ende des Kalten Krieges und der Auflösung des bipolaren Systems die sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen geändert hätten. Deshalb seien neue Formen der Abschreckung notwendig. Richtig sei der Gedanke der Europäer, dass man funktionierende Mechanismen der Rüstungskontrolle so lange nicht aufgeben dürfe, bis neue Mechanismen entstanden seien. Man sei aber in der Diskussion mit den Europäern ein gutes Stück vorangekommen. Botschafter Hill wiederholte zur Frage der NATO-Erweiterung die Vereinbarung von Washington, in der festgestellt worden sei, dass „die Tür offen“ sei. Zur Balkan-Frage warb er für eine Überprüfung, ob man die vorhandenen militärischen Kräfte nicht durch zivile ersetzen könne. Klar sei aber, dass die NATO „gemeinsam in den Balkan gegangen“ sei und man „auch gemeinsam rausgehen“ werde. Zu überlegen sei, ob man die mazedonische Regierung in ihrem Kampf gegen die „Separatisten“ nicht stärker unterstützen müsse. Hier seien in der Vergangenheit – auch von seiner Regierung – Fehler gemacht worden.

In der anschließenden Diskussion hob der US-amerikanischen Abg. **Bereuter** hervor, dass Russland in der Erweiterungsfrage kein Veto habe. Dies müsse dadurch deutlich gemacht werden, dass die baltischen Staaten in der nächsten Runde in die NATO aufgenommen würden. Botschafter **Christopher Hill** stimmte zu und mutmaßte, dass Präsident Georg W. Bush bei seinem kommenden Europabesuch einen ersten Hinweis auf die Staaten geben werde, die in der nächsten Erweiterungsrunde berücksichtigt werden. Der polnische Abg. **Bielecki** forderte, alle drei baltischen Staaten in der nächsten Erweiterungsrunde zu berücksichtigen. Der französische Abg. **Bouvard** kritisierte, dass Botschafter Hill offensichtlich die skeptischen Stimmen aus Europa zur Raketenabwehr nicht vernommen habe, wenn er von den Fortschritten bei NMD spreche. Botschafter **Christopher Hill** wies dies zurück. Der türkische Abg. **Karamollaoglu** stellte klar, dass die Türkei die mazedonische Regierung unterstütze. Trotzdem müsse gefragt werden, ob die Forderungen der albanischen Minderheit nicht berechtigt seien. Botschafter **Christopher Hill** erwiderte, dass man in vergleichbaren Fällen oft von „kleinen zu großen Forderungen“ komme. Zunächst müsse klar sein, dass die Staatlichkeit Mazedoniens erhalten bleibe. Es dürfe keinen schleichenden Prozess der Auflösung geben. Wenn dies einvernehmlich geregelt sei, könne man über die Erfüllung von Forderungen reden.

IV. Vorstellung von Berichtsentwürfen und Diskussion

In der weiteren Diskussion stellten Abg. **Markus Meckel** (Deutschland) (Anlage 2), dann der niederländische Abg. **Koenders** (Anlage 3) und anschließend Abg. **Dr. Karl A. Lamers** (Deutschland) (Anlage 4) die Kernpunkte ihrer Berichte vor. Die nachfolgende Diskussion entspann sich um vier Themenkreise:

Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Einige Delegierte brachten die Frage der künftigen sicherheitspolitischen Lage und die respektiven Rollen von NATO und EU zur Sprache. Die möglichen Konsultations-Mechanismen zwischen den EU-Mitgliedstaaten und den NATO-Staaten, die nicht Mitglieder der EU sind, waren für einige Parlamentarier von besonderem Interesse.

Abg. **Payne** (Tschechische Republik) kritisierte zunächst, dass sich die Inhalte der Berichte überschnitten. Weiterhin sei er skeptisch, ob die EU das Ziel der ESVP erreichen könne, da sich bei den aktuellen Beitrittsverhandlungen zeige, dass schon bei leichteren Fragen mit z. B. Übergangsfristen gearbeitet würde. Damit würden EU-Mitglieder erster und zweiter Klasse geschaffen. An dem Bericht des Abg. Meckel kritisierte er, dass die Problematik der neutralen Länder innerhalb der EU nicht berücksichtigt worden sei.

Abg. **Meckel** erwiderte, dass die neutralen EU-Staaten keine Erwähnung in seinem Bericht gefunden hätten, weil diese im Bereich ESVP keine Probleme hätten. Er lobte die gute konzeptionelle Arbeit der EU in Beitrittsfragen. Während die EU nach klaren Kriterien Verhandlungen mit zwölf Kandidaten führe, habe die NATO bei der Beitrittsfrage (z. B. bei der Einbeziehung Russlands und der Ukraine) noch Defizite.

Abg. **Parrish** (Kanada) fragte, ob nicht die Berichte zu einem Gesamtbericht verschmolzen werden könnten. Der Bericht des Abg. Meckel sei ihr zu sehr aus einer EU-Perspektive geschrieben worden. Vielfach fehle die kanadische Perspektive. Abg. **Olrich** (Island) forderte, alle müssten in den Entscheidungsfindungsprozess eingebunden sein. Abg. **Sebei** (Slowakei) war skeptisch, wie die

Verbündeten, die nicht EU-Mitglieder sind, in die ESVP eingebunden werden sollten.

Der französische Abg. **Bouvard** lobte den Bericht von Abg. Meckel. Die transatlantischen Probleme seien gut analysiert worden. Vor allem werde deutlich, dass es „kulturelle Unterschiede“ zwischen Europa und den USA gebe. ESVP sei eine „natürliche“ Entwicklung innerhalb der EU und eine Frage der Souveränität Europas.

Der Präsident der Versammlung der Westeuropäischen Union **Klaus Bühler** fragte nach der Nachhaltigkeit von möglichen Einsätzen und wie der Einsatzraum der Schnellen Eingreiftruppe geographisch abzugrenzen wäre. Er betonte den dringenden Bedarf an zusätzlichen Großraumlufttransport- und Aufklärungskapazitäten. Obwohl sie ein stärkeres Engagement Europas allgemein begrüßten, äußerten sich die Delegierten der USA skeptisch darüber, ob die Europäer den politischen Willen und die finanzielle Mittel besäßen, um die erforderlichen Ressourcen bereitzustellen. Abg. **Reynolds** (USA) problematisierte die sinkenden Verteidigungsausgaben Europas. Hier seien mehr Anstrengungen notwendig, wenn die ESVP verwirklicht werden soll. Er frage sich auch, wie der Vorschlag des Abg. **Meckel** nach einem automatischen Beitritt von EU-Mitgliedstaaten zur NATO umgesetzt werden solle. Es müsse bei den NATO-Beitrittskriterien bleiben.

Die Raketenabwehr

Mit wenigen Ausnahmen bestand unter den europäischen Parlamentariern weit gehende Übereinstimmung darüber, dass die Rüstungskontrolle als zentrales Instrument für die Friedenssicherung auch im 21. Jahrhundert beibehalten werden müsse. Abg. **Kalantzakou** (Griechenland) stellte klar, dass ihrer Meinung nach die Initiative der Raketenabwehr ein US-amerikanisches Projekt sei. Deshalb müsse man dies als Europäer nicht „schönreden“. Insofern sei ihr der Bericht des Abg. Dr. Lamers zu affirmativ. Abg. Lamers, der in seinem Bericht stark für die Raketenabwehr geworben hatte, präzisierte seine Position dahin gehend, dass der ABM-Vertrag immer noch ein wichtiges Fundament der Rüstungskontrolle sei und dass die US-Amerikaner mit „Fingerspitzengefühl“ die Frage des weiteren Umgangs mit dem Vertrag diskutieren müssten. Abg. **Uta Zapf** (Deutschland) räumte ein, dass Rüstungskontrollen und Antiproliferationsregime nicht immer die erhofften Wirkung gehabt hätten. Sie betonte aber, dass die politische Einflussnahme auf so genannte „states of concern“ in den meisten Fällen erfolgreich gewesen sei. Sie und andere Redner warnten vor einer Kündigung des ABM-Vertrages mit dem Argument, dies würde zu einem neuen Wettrüsten führen. Andere jedoch wiesen auf die veränderte Sicherheitslage nach dem Ende des Kalten Krieges hin. Einige europäische Parlamentarier äußerten Zweifel über die amerikanische Bedrohungsanalyse hinsichtlich der Notwendigkeit eines Raketenabwehrsystems. Abg. Zapf meinte, aktuelle Bewertungen der Bedrohungslage würden nicht ergeben, dass die Raketenabwehr vorangetrieben werden müsse. Es sei vielmehr notwendig, ihre Auswirkungen auf die verschiedenen Verträge wie ABM-Vertrag und den Vertrag über die Nichtverbreitung von Atomwaffen (Nuclear Nonproliferation Treaty) zu überprüfen. Abg. **Reynolds** (USA) meinte zusätzlich, die Beteiligung Europas an der Konstruktion der Raketenabwehr müsse auch unter dem Gesichtspunkt eines möglichen Technologietransfers diskutiert werden.

Die NATO-Erweiterung

Es bestand allgemeine Übereinstimmung im Ausschuss, dass dem NATO-Grundsatz der „offenen Tür“ nicht gebührend gefolgt werde. Eine umfassende und offene Debatte sowie Konsens wurde betont. Um dies zu erreichen machte Abg. **Longin Pastusiak** (Polen) den Vorschlag, zu diesem Thema regelmäßig Konsultationen zwischen den Verbündeten abzuhalten. Dadurch könnten „Mauscheleien“ und „Ratespiele“ vermieden werden.

Die Stellung der baltischen Staaten im Hinblick auf die NATO-Erweiterung war Gegenstand von lebhafter Debatte. Der lettische Abg. **Kirsteins** wandte sich gegen die im Bericht vom Abg. **Meckel** aufgestellten vier Beitrittsszenarien. Die „Null-Runde“ sei kein Szenario und bei der „Minimalerweiterung“ dürften nicht nur die Slowakei und Slowenien genannt werden, sondern auch die baltischen Staaten. Abg. **Meckel** erwidert, dass die „Null-Runde“ eine logische Option sei, der man sich nicht verschließen dürfe, obgleich er sich nicht für diese Option ausspreche. Der litauische Abg. **Gricius** sprach sich ebenfalls für die Stärkung der baltischen Perspektive in dem Meckel-Bericht aus. Er warb für eine Richtigstellung im Meckel-Bericht, Absatz 72, in dem es heißen müsse, dass die baltischen Staaten nie Teil der UdSSR geworden, sondern von dieser besetzt seien. Er halte eine historisch abgeleitete Begründung für den litauischen Beitritt (Molotow-Ribbentrop-Pakt) für eine falsche Herangehensweise. Ebenso wenig sei eine vermeintliche „Angst“ vor Russland nicht der Grund für den Wunsch seines Landes, der NATO beizutreten. Litauen teile dieselben Werte wie die NATO-Staaten. Deshalb werde der Beitritt angestrebt. Er wies auch darauf hin, dass Kaliningrad seiner Meinung nach keine Enklave, sondern eine Exklave sei. Kaliningrad sei durch das Meer und somit – nach einem Beitritt Litauens zur NATO – nicht nur über NATO-Gebiet zu erreichen. Der niederländische Abg. **Koenders** unterstütze die Position, dass man den Beitritt Litauens „vorwärtsgerichtet“ begründen müsse. Er betonte, dass Russland kein Veto-Recht habe. Abg. **Olrich** stellte dar, dass Island sich immer für einen baltischen Beitritt zur NATO ausgesprochen habe. Abg. **Lennmarker** (Schweden) stellte ebenfalls klar, dass Schweden den Beitritt der baltischen Staaten zur NATO und zur EU befürworte.

In vielen Beiträgen wurde gefordert, die NATO-Erweiterung dürfe nicht zu einer Schwächung des Bündnisses führen. Abg. **Payne** wollte nicht zusehen, wie die NATO zu einer Institution wie die OSZE verkomme. Die Allianz solle sich weiterentwickeln, aber ihre Kernfunktion beibehalten, nämlich Angriffen von außen auf ihre Mitglieder abzuwehren. Die Bewertung der Verteidigungsfähigkeit der Bewerberstaaten bleibe daher wesentlich. Abg. **Pastusiak** meinte, die Bewerberstaaten, die in Prag eventuell keine Einladung zum Beitritt erhalten würden, müssten weiter unterstützt werden.

Südosteuropa/Der Balkan

Die Zukunft der ehemals jugoslawischen Republik Mazedonien, der Kosovo und die Optionen zur Eindämmung der extremistischen Gewalt waren die Hauptthemen dieser Debatte. Es bestand Übereinstimmung darüber, dass sich die internationale Staatengemeinschaft auf Dauer aktiv auf dem Balkan engagieren müsse. Amerikanische und europäische Parlamentarier waren sich ebenfalls darüber einig, dass die NATO auf Jahre hinaus dort präsent bleiben müsse. Abg. **Tomislav Petrovski** (Mazedonien) wies auf die Anstrengungen seines Landes, die ethnisch albanische Minderheit zu integrieren. Er kritisierte Versuche von politischen Extremisten und das organisierte Verbrechen, das Land zu destabilisieren. Er wies auf die Gefahr hin, große kriminelle Netzwerke könnten die Kriegslage ausnützen, um sich als „Rebellen" zu präsentieren.

Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit

I. Tagesordnung und Themenübersicht

Im Mittelpunkt der diesjährigen Frühjahrssitzung des Ausschusses für Verteidigung und Sicherheit standen die Themen Nationale Raketenabwehr (NMD) und Fortentwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP).

II. Überblick über die Vorbereitung der Litauischen Streitkräfte auf eine NATO-Mitgliedschaft

Der litauische Verteidigungsminister **Linas Linkevicius** und der Oberste Befehlshaber der Litauischen Streitkräfte, Brigadegeneral **Jonas Kronkaitis,** gaben einen detaillierten Überblick über die Vorbereitung der nationalen Streitkräfte auf eine NATO-Mitgliedschaft. Beraten wurde auch ein Zwischenberichtsentwurf über die Rolle der NATO im Bereich der Verteidigungsreformen.

In einem Vortrag erläutertet Verteidigungsminister **Linkevicius**, dass sowohl eine NATO-Mitgliedschaft als auch der Beitritt zur EU von großer Bedeutung für die zukünftige Sicherheits- und Stabilitätslage Litauens sein würden. Gerade die Zugehörigkeit zu beiden Bündnissen werde es Litauen ermöglichen, seine Verteidigungs- und Sicherheitspolitik kohärent auszubauen. Mehr als 50 % der litauischen Bevölkerung sprächen sich für einen NATO-Beitritt aus. Alle politischen Parteien hätten sich zur Bereitstellung der finanziellen Mittel verpflichtet, die nötig seien, um eine moderne und NATO-kompatible Armee aufzubauen. Als Ziel strebe man an, 2 % des nationalen BIP für Verteidigungsausgaben ausgeben zu können.

General **Kronkaitis** unterstrich in seinem Vortrag, dass die Vorbereitungen für den NATO-Beitritt eine Schlüsselrolle innerhalb der litauischen Sicherheitspolitik spielten. Die Interoperabilität mit der NATO sei der Leitfaden für die Weiterentwicklung der Armeestruktur und der Handlungs- und Kommunikationsfähigkeiten der Streitkräfte. Allerdings sei zu befürchten, dass die nationale wirtschaftliche Lage der litauischen Regierung wenig Spielraum bei der Bereitstellung angemessener Finanzmittel für ihren mittelfristigen Verteidigungsplan lassen werde. Er schloss mit einem Überblick über Litauens Pläne für eine Armeestruktur im Jahre 2012, welche das Land in die Lage versetzen werden, sich entweder unabhängig zu verteidigen oder sich im Fall einer NATO-Mitgliedschaft entsprechend in die Streitkräftekonzepte des Bündnisses zu integrieren.

In der sich anschließenden Diskussion äußerte Abg. **Cook** (Vereinigtes Königreich) Besorgnis über die Frage, wie Litauen bei einer Aufnahme in die NATO die Probleme mit Kaliningrad und Russland lösen werde. Verteidigungsminister **Linkevicius** erläuterte daraufhin, dass Litauen die intensive Kommunikation mit allen Partnern suche, insbesondere was die Veränderungen der Grenzkontrollen betreffe, welche bei einem EU-Beitritt Litauens notwendig würden. Abg. **Peter Zumkley** (Deutschland) würdigte die positiven Ergebnisse, welche die baltischen Länder durch ihre erheblichen Anstrengungen bereits in Richtung NATO-Mitgliedschaft erzielt hätten. Er denke hier insbesondere an den Ausbau der internationalen militärischen Kooperation, die Steigerung der Verteidigungshaushalte sowie die bereits durchgesetzten strukturellen Streitkräftereformen. Auch gegenüber Moskau zeige sich eine deutliche Politik der Entspannung. Gerade die Aufnahme der baltischen Staaten in die EU und die NATO werde für Russland weitere Stabilität schaffen. Er plädiere nachhaltig dafür, die diesbezügliche Diskussion auf parlamentarischer Ebene offen und transparent zu fördern. Abg. **Hefley** (Vereinigte Staaten) betonte die grundsätzliche Unterstützung der USA für den Prozess der NATO-Erweiterung und den wachsenden Zuspruch, die litauischen Bemühungen um Mitgliedschaft zu fördern. Konkret frage er aber, welche Fähigkeiten Litauen in die NATO einbringen werden. General **Kronkaitis** erläuterte daraufhin, dass Litauen zum einen professionelle, der Größe des Landes entsprechende Streitkräfte zur Verfügung stellen werde, die in der Lage seien, sowohl zu eigenen als auch zur Verteidigung der Bündnispartner beizutragen. Im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden habe Litauen diese Fähigkeiten bereits unter Beweis gestellt. Zum anderen werde die geographische Lage Litauens zur Sicherheit und Stabilität innerhalb des Allianzgebietes beitragen. Auf die Zweifel, die Abg. **Price** (Kanada) hinsichtlich der Entwicklungsprioritäten der litauischen Verteidigungsstruktur äußerte, betonte General **Kronkaitis,** dass Litauen das Verteidigungsbudget vor allem für die Ausbildung der Truppe und Verbesserung der Kommunikations- und Verteidigungsfähigkeiten verwenden werde. Ebenfalls prioritär seien Antipanzerwaffen zur Abwehr einer potentiellen Invasion. Auf die Frage von Abg. **Rasmussen** (Dänemark) nach Litauens Beziehungen zu den anderen baltischen Staaten und den Problemen, die entstehen könnten, falls eines der drei Länder der NATO vor den anderen beitreten sollte, erläuterte Verteidigungsminister **Linkevicius,** dass die beste Lösung für die Erweiterung die zeitgleiche Aufnahme aller drei Länder sei. Jedoch sei es seiner Ansicht nach besser, nur ein qualifiziertes Land der Region in die NATO aufzunehmen als keines. Dagegen argumentierte Abg. **Kirsteins** (Lettland),

dass die Vergabe der NATO-Mitgliedschaft an lediglich einen baltischen Staat die Region eher destabilisieren werde.

III. Entwurf eines Zwischenberichts des Unterausschusses für transatlantische Verteidigungs- und Sicherheitskooperation

Für den Unterausschuss für transatlantische Verteidigungs- und Sicherheitskooperation präsentierte Berichterstatter Abg. **van Eekelen** (Niederlande) seinen Entwurf eines Zwischenberichts *NATO und die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik.* Er gab einen Überblick über die Ressourcen und den institutionellen Rahmen, den die EU geschaffen habe, um Einsätze im Bereich des europäischen Krisenmanagements in solchen Fällen vorzunehmen, in denen die NATO nicht tätig werden wolle. Er machte deutlich, dass der Erfolg der ESVP nicht nur davon abhängen werde, ob die EU-Mitgliedstaaten die für das Planziel nötigen militärischen Kapazitäten besäßen. Erheblich sei vor allem, ob sie auch den politischen Willen zeigten, diese Kapazitäten zukünftig zu nutzen.

Abg. **Cook** (Vereinigtes Königreich) nahm Stellung zur Notwendigkeit einer engen Koordinierung von NATO und ESVP und äußerte, dass die EU keinen unabhängigen Aufklärungsdienst anstreben sollte. Unterstützt wurde diese Haltung von Abg. **Bereuter** (Vereinigte Staaten), der auf die Schwierigkeiten einer getrennten Aufklärungspolitik und auf die finanziellen Einschränkungen hinwies, sollte die EU eigene Aufklärungskapazitäten entwickeln. Dagegen gab Abg. **Boucheron** (Frankreich) zu bedenken, dass eine Autonomie bei der Beurteilung von Krisen zu einer gewissen Form unabhängiger Aufklärungsfähigkeiten führen müsse, wenn die EU ihre eigenen Einsätze leiten solle.

Abg. **Köse** (Türkei) unterstrich die Bedeutung der Beteiligung von Nicht-EU-Bündnispartnern für den ESVP-Prozess zur Vermeidung von Spaltungen innerhalb Europas. Er vertrat die Ansicht, die Entwicklung von ESVP erhöhe das Risiko, dass die EU die NATO und ihre Bedeutung für die europäische Sicherheit unterwandern könnte, indem sie „ausschließend statt integrierend“ vorginge. Abg. **Pastusiak** (Polen) äußerte sich zu der Notwendigkeit, in Europa nicht nur mehr Geld für die Verteidigung auszugeben, sondern „geschickte Beschaffungsbemühungen“ zu fördern. Abg. **Boucheron** (Frankreich) schlug darauf einen gemeinsamen Beitrag zu den finanziellen und militärischen Anstrengungen auf EU-Ebene vor.

Abg. **Peter Zumkley** ging darauf ein, dass die EU zwar Truppen aus den gleichen nationalen Streitkräftekontingenten in Anspruch nehmen werde, diese aber unter der Schirmherrschaft unterschiedlicher Institutionen mit unterschiedlichen Fähigkeiten ausgestattet würden. Der Präsident der WEU-Versammlung, Abg. **Klaus Bühler** betonte die Bedeutung von der ESVP im Sinne von „mehr Europa und nicht weniger Amerika“. Es gehe vor allem darum, die NATO zu ergänzen und nicht darum, mit ihr zu konkurrieren. Für den parlamentarischen Bereich begrüße er den Vorschlag, ein neues Gremium zu schaffen, das die Kontrolle der ESVP übernehme und aus den Mitgliedern nationaler Parlamente und des Europäischen Parlaments bestehe. Die WEU-Versammlung werde sich in diese Richtung entwickeln, da sie bestrebt sei, als „Europäische Sicherheits- und Verteidigungsversammlung“ zur Verstärkung der demokratischen Kontrolle der ESVP beizutragen. Gleichzeitig appelliere er an die NATO-Versammlung, eine starke Rolle bei der transatlantischen Aufsicht über die ESVP einzunehmen. Abg. **Laschet** (Europäisches Parlament) bestätigte die Notwendigkeit, die sich dynamisch entwickelnde ESVP verstärkt demokratisch zu kontrollieren. Er bezweifele jedoch, dass es sinnvoll sei, hierfür eine neue Versammlung zu schaffen. Bereits heute fielen die zivilen Aspekte der ESVP in den Kontrollbereich des Europäischen Parlaments, das die Kommission bei allen Aspekten des Krisenmanagements kontrolliere und im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik Haushaltsrechte habe. Gleichzeitig fänden regelmäßigen Treffen des Auswärtigen Ausschusses des Europäischen Parlaments mit den Vorsitzenden der Auswärtigen und Verteidigungsausschüsse der nationalen Parlamente statt, die eine bessere direkte Abstimmung zwischen den nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament zum Ziel hätten.

IV. Beratung des Entwurfs des Generalberichts

Der Vorsitzende des Ausschusses, Abg. **Hoekema** (Niederlande), präsentierte in Abwesenheit des Generalberichterstatters, Senator **Kenny** (Kanada), den Entwurf des Generalberichts *Raketenabwehr und andere Herausforderungen für die Einheit der Allianz* und fasste seine Kernfragestellungen zusammen, zu denen sowohl die ballistische Raketenabwehr und Waffenkontrolle als auch die Erweiterungsprozesse in EU und NATO, die ESVP, der Balkan und die Beziehungen der Allianz zu Russland und der Ukraine gehörten.

Abg. **Pavlidis** (Griechenland) unterstrich die Notwendigkeit, die politischen Auswirkungen von NMD zu diskutieren. Abg. **Lellouche** (Frankreich) rief zu einer europäischen Debatte auf, da die Bush-Regierung im Begriff sei, ihre Rakentenabwehrpläne mit strategischen, politischen und wirtschaftlichen Auswirkungen für Europa auszuführen. Abg. **Hoekema** (Niederlande) fügte hinzu, dass die Zukunft des ABM-Vertrages und der Waffenkontrolle Schlüsselprobleme darstellten. Abg. **Spencer** (Vereinigte Staaten) hielt dagegen, dass der ABM-Vertrag nicht mehr anwendbar sei, da die Sowjetunion nicht mehr existiere. Er sei außerdem der Ansicht, dass die Europäer über Kurzstreckenraketen und Marschflugkörper besorgt sein sollten. Diese stellten für Europa und die USA gleichermaßen eine Gefahr dar. Abg. **Hefley** (Vereinigte Staaten) fügte hinzu, dass die Vereinigten Staaten bereit seien, die Forschungskosten für die Raketenabwehr zu tragen und ihre Erkenntnisse mit den Europäern zu teilen.

Abg. **Boucheron** (Frankreich) betonte, dass die Vereinigten Staaten dazu neigten, sich auf Kosten diplomatischer Ansätze auf technologische Lösungen für Sicherheitsbe-

drohungen zu konzentrieren, was häufig zu einer isolationistischen Politik führen könne. Abg. **Durbin** (Vereinigte Staaten) stimmte zu, dass es ein Fehler sei anzunehmen, dass die Technologie die einzige Antwort biete, weshalb die Betonung von Vereinbarungen und Verträgen ebenfalls auf der Tagesordnung stehe.

Abg. **Uta Zapf** (Deutschland) regte weitere Verhandlungen über die Raketenabwehr sowohl mit den Vereinigten Staaten als auch mit den „Schurkenstaaten" an. Dabei wies sie darauf hin, dass Vereinbarungen gegen die Verbreitung von Massenvernichtungsmitteln wie das Raketentechnologie-Kontrollregime (MTCR) mehr Aufmerksamkeit verdienten. Abg. **Rasmussen** (Dänemark) bekundete Interesse an weiteren US-amerikanischen Verhandlungen mit den Verbündeten. Sie wies vor allem auf Staaten wie Dänemark hin, die ein besonderes Interesse an der Entwicklung der Raketenabwehr hätten, da sie gebeten werden könnten, eine mögliche Rolle bei der Stationierung von Radarstationen oder anderen Anlagen zu spielen. Abg. **Lellouche** (Frankreich) forderte das Europäische Parlament auf, eine politische Debatte über die Raketenabwehr anzuregen.

V. Beratung des Entwurfs eines Zwischenberichts des Unterausschusses für Zukünftige Sicherheits- und Verteidigungskapazitäten

Für den Unterausschuss für Zukünftige Sicherheits- und Verteidigungskapazitäten präsentierte Berichterstatter Abg. **Forcieri** (Italien) den Entwurf eines Zwischenberichts: Die Rolle der NATO bei den Verteidigungsreformen. Dabei analysierte er die seit dem letzten Herbst erreichten Fortschritte der Initiative zur Verbesserung der Verteidigungsfähigkeit, DCI. Insbesondere hob er Teilverbesserungen der nationalen militärischen Fähigkeiten hervor, welche die Entwicklungen weiterer DCI-Vorhaben und gemeinsamer Projekte begünstigt habe.

Abg. **Encarnacão** (Portugal) schlug die Einführung von Mechanismen vor, die den rückläufigen Verteidigungsausgaben entgegenwirken sollten. Insbesondere empfahl er die Einrichtung einer europäischen Agentur, die Vorschläge zur Mittelbeschaffung sowie gemeinsame Prinzipien für Verteidigungsausgaben erarbeiten solle. Abg. **Bereuter** (Vereinigte Staaten) lobte die erfolgreiche Arbeit der Hochrangigen Steuerungsgruppe zur DCI und rief zu einer Verlängerung ihres Mandats auf, eventuell auch in der Form einer permanenten Einrichtung.

Im Anschluss wählte der Ausschuss Abg. **Roesjorde** (Norwegen) zum Generalberichterstatter bis zur Herbstsitzung 2001 in Ottawa.

Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit

Der Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit tagte am Montag, dem 28. Mai 2001, unter dem Vorsitz des Abg. **van Gennip** (Niederlande). Abg. **Loretto** (Italien) wurde verabschiedet.

I. Zwischenbericht des Unterausschusses Ost-West-Wirtschaftszusammenarbeit und -konvergenz „Wohlstand und Stabilität auf dem europäischen Kontinent sichern: Die Aussichten für die EU-Erweiterung" (Abg. Cohen, Vereinigtes Königreich)

Für den wegen der Wahlen zum englischen Unterhaus abwesenden Abg. **Cohen** erstattete der Abg. **Lord Sewel** (Vereinigtes Königreich) Bericht. Die Erweiterung der Europäischen Union sei heute Europas größte wirtschaftliche und strategische Herausforderung. Sie erfordere nicht nur von den Beitrittskandidaten, sondern auch von den Mitgliedstaaten tiefgreifende Anpassungen. Auf diese Schwierigkeiten weise der Bericht insbesondere hin. Ein längeres Hinausschieben des Termins der Erweiterung könne verheerende politische und diplomatische Folgen haben. Der Rückhalt in der westeuropäischen Öffentlichkeit und in den wichtigsten Bewerberländern drohe nachzulassen. Daher sei sowohl ein anhaltender und ernsthafter Dialog über den Nutzen der Erweiterung als auch eine schnelle Beseitigung der Hindernisse erforderlich. Sicherzustellen seien widerstandsfähige Strukturen und die Reformierung des kränkelnden Landwirtschaftssystems. Die Parlamentarier sollten jede Anstrengung unternehmen, damit der Begriff der europäischen Solidarität nicht durch Beschränkungen der Freizügigkeit in Misskredit gerate. Die Sorge vor massiven Wanderbewegungen nach Westen sei unberechtigt. Des Weiteren sei eine stärkere Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik mit Beitrittskandidaten, die bereits NATO-Mitglieder seien, zu erwägen. Eine Erweiterung sollte sich auch im Kontext einer allgemeinen multilateralen Handelsliberalisierung entwickeln, um Sorgen amerikanischer Firmen zu zerstreuen, von Märkten in den neuen Mitgliedstaaten ausgeschlossen zu werden. Und letztendlich habe die Erweiterung, da sie sowohl wirtschaftlichen als auch politischen Zwecken diene, erhebliche Auswirkungen auf die Sicherheit. Die Parlamentarier der Versammlung sollten eben deshalb eine zügige Erweiterung unterstützen.

Der Abg. **Titley** (Europäisches Parlament) machte noch einige Ausführungen zur Freizügigkeit der Arbeitskräfte und unterschied dabei zwischen Einwanderern und Grenzgängern. Er meinte, dass einige Grenzregionen mit Einwanderern überschwemmt würden, auch wenn ein Teil nur zeitweise dort arbeiten würde. Er verwies auf die siebenjährigen Übergangsfristen früherer Beitrittskandidaten im Bezug auf den Arbeitsmarkt. Hier schaltete sich der Gastredner **Austrevicius** ein, und wies darauf hin, dass gut ausgebildete litauische Fachleute von westlichen Firmen seien. In Anbetracht der Größe seines Landes werde es weder eine wirtschaftliche noch eine soziale Belastung für die Mitgliedstaaten geben. Eine lange Übergangsfrist für die Freizügigkeit sei daher unnötig. Der Abg. **Titley** (Europäisches Parlament) thematisierte noch das Problem Kaliningrad, das ein ernsthaftes Hindernis für die EU-Erweiterung darstelle, weil auch die Bedenken Russlands zu beachten seien. Abg. **Demerliat** (Frankreich) bat

um Korrektur der französischen Position in Absatz 32. Der letzte Satz von Absatz 32 solle gestrichen werden. Er wies außerdem darauf hin, dass die Agrarprobleme für eine Erweiterung hauptsächlich bei den Ländern lägen, von denen angenommen werde, dass ihre Landwirte uneffizient arbeiteten und deren Produkte nicht den europäischen Qualitätsstandards entsprächen. Eine Übergangzeit sei für solche Länder unabdingbar. Der Abg. **Vural** (Türkei) sagte, dass die Finanzhilfe für sein Land erweitert worden sei und bat um Änderung des Absatzes 24. Auch sollte in Absatz 30 nicht von 12 sondern von 13 Kandidaten gesprochen werden. Der Abg. **Stillinger** (Dänemark) unterstrich die Wichtigkeit der Absätze 67 und 68. Das Verständnis der Menschen für Europa zu vergrößern, sei vorrangig. Es sei eine Entwicklung in die falsche Richtung, wenn immer größere Teile der Bevölkerung glaubten, die EU sei ein geschlossener Club und habe für sie selbst keine Bedeutung. Die Abg. **Clark** und **Lord Sewel** (Vereinigtes Königreich) widersprachen ihrem französischen Kollegen und baten, den Absatz 32 nicht zu ändern.

II. Vortrag von Petras Austrevicius (Litauische Regierung, Wilna)

Der Generaldirektor des Europa-Ausschusses in der litauischen Regierung, **Petras Austrevicius,** referierte über den Stand der Vorbereitungen Litauens für die Aufnahme in die Europäische Union und in die NATO. Seit der Unabhängigkeit vor zehn Jahren folge die litauische Außenpolitik den Leitlinien für eine europäische und transatlantische Integration. Litauen bereite sich sehr intensiv auf die Mitgliedschaft in der EU vor und werde im Jahre 2004 für einen Beitritt bereit sein. Anschließend erläuterte der Gastredner die für die EU-Integration wichtigen Entwicklungen seines Landes in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Verwaltung und öffentliche Meinung. Er erinnerte daran, dass nach dem Beitritt Litauens dessen Grenzen dann EU-Außengrenzen sein würden. Angesichts der geographischen Lage Litauens sei eine Lösung der Kaliningrad-Frage für die EU- und für die NATO-Erweiterung ein wichtiger Faktor. Sowohl für eine zukünftige gute Nachbarschaft als auch für die Beziehungen zwischen der EU und Russland sei eine stabile und sichere Entwicklung der Region Kaliningrad erforderlich. Auf die Bitte des Vorsitzenden **van Gennip** (Niederlande), zur Freizügigkeit Stellung zu nehmen, entgegnete der Gastredner, dass die litauische Wirtschaft bestrebt sei, Fachleute und solche der „new economy“ im Lande zu halten. Darüber hinaus stellten – wie schon erwähnt – die litauischen Arbeitnehmer aber wegen ihrer geringen Anzahl keine Bedrohung für den Arbeitsmarkt der EU dar.

III. Zwischenbericht des Unterausschusses Ost-West-Wirtschaftszusammenarbeit und -konvergenz „Die serbische Volkswirtschaft: Wiederaufbau und Übergang als Aufgaben für Serbien nach Milosovic“ (Abg. Cohen, Vereinigtes Königreich)

Auch diesen Bericht stellte der Abg. **Lord Sewel** (Vereinigtes Königreich) für den abwesenden Berichterstatter Abg. **Cohen** (Vereinigtes Königreich) vor. Der Bericht weise auf die starken Veränderungen in Serbien hin. Serbien habe mit Kostunica jetzt einen Präsidenten, welcher der Rechtsstaatlichkeit und den demokratischen Institutionen verpflichtet zu sein scheine. Kostunica erkenne die Notwendigkeit tief greifender Reformen an und habe deutlich gemacht, enge Beziehungen zum Westen aufbauen zu wollen. Jedoch sei die innenpolitische Situation sehr instabil und die Korruption sowie die angeschlagene Volkswirtschaft ein schweres Problem. Die Beziehungen Serbiens zu Montenegro wie zum Kosovo seien völlig ungewiss. Serbien stehe beim Übergang zur Demokratie und zur Marktwirtschaft vor Herausforderungen, die zwar nicht unüberwindbar, jedoch überaus schwierig seien. Bei einer Einschätzung der Situation sei im Auge zu behalten, dass die serbische Demokratie noch instabil sei. Serbien sei auf behutsame Hilfe durch den Westen angewiesen. Allerdings werde der Wiederaufbau und die Entwicklung in Serbien auch von gesunden Beziehungen zu seinen Nachbarn abhängen. Bei der Unterstützung der ehrgeizigen Pläne der neuen Regierung scheine die EU eindeutig in eine Führungsrolle hineinzuwachsen. Dabei bleibe jedoch für die Wiederherstellung der Stabilität auf dem Balkan die Präsenz der USA unverzichtbar. Teile des Berichts seien durch die Ereignisse schon überholt. Der Bericht werde überarbeitet und berichtigt.

IV. Vortrag: „Das Atomkraftwerk Ignalina“ (Nerijus Eidukevicius, Litauen)

Der stellvertretende Wirtschaftsminister Litauens, **Nerijus Eidukevicius,** erläuterte den Delegierten die Energiesituation Litauens. Er stellte die neue Energiestrategie der Regierung vor, die im Oktober 1999 vom Parlament angenommen worden sei. Er beschrieb die Situation bei der Energieversorgung Strom, Gas und Öl im Hinblick auf das wegen Sicherheitsmängeln in mehreren Schritten stillzulegende Atomkraftwerk Ignalina. Vor einer Stilllegung sei jedoch die Energieversorgung durch andere Erzeuger sicherzustellen; ohne ausländische Hilfe könne der Block I nicht abgeschaltet werden. Was den Strommarkt betreffe, so seien Reorganisation und Privatisierung auf einem guten Weg. Der litauische Elektrizitätsmarkt werde sich nach und nach öffnen. Sobald die Integration in den gemeinsamen baltischen Markt erfolgt sei, werde die Integration in die Märkte Westeuropas und Skandinaviens folgen. Was das Gas betreffe, so besitze Litauen keine eigenen Vorkommen. Sein Land sei auf Gaslieferungen, hauptsächlich aus Russland, angewiesen. Die litauischen Gasleitungen seien nicht mit den Gasleitungen Westeuropas sondern mit den Gasleitungen Weißrusslands, Lettlands und der Region Kaliningrad vernetzt. Da die Kapazität der Hauptgasleitungen auch noch für zukünftige Verbraucher ausreichend sei, würden Modernisierung und Bau neuer Gasleitungen nur im Hinblick auf die für das Jahr 2004 geplante Schließung von Block I des Atomkraftwerkes Ignalina und des Ersatzes der Atomenergie durch Gas erfolgen. Was den Ölmarkt betreffe, so besitze Litauen die einzige Ölraffinerie in der Region. Dieser Bereich arbeite ohne Einschränkung unter den Bedingungen des Marktes. Da die derzeitigen Strukturen die Nachfrage

voll befriedigten, seien in naher Zukunft keine größeren Veränderungen geplant.

Der Abg. **Titley** (Europäisches Parlament) fragte, ob nicht zur Abschaltung von Block II eine Entscheidung vor dem Jahr 2004 getroffen werden könne und welche Maßnahmen zur Einsparung von Energie unternommen würden. Der Gastredner erwiderte, dass bis zum nächsten Jahr Informationen gesammelt würden, um dann 2004 eine Entscheidung treffen zu können. Wegen geringer Kaufkraft sei der Stromverbrauch in Litauen wesentlich niedriger als in westlichen Ländern. Trotzdem habe die Regierung ein Energiesparprogramm entwickelt. Der Vorsitzende, Abg. **van Gennip** (Niederlande) und Senator **Terracini** (Italien) fragten nach erneuerbaren Energien, ob z. B. Wind eine Alternative sein könnte. Der Gastredner bedauerte, dass in seinem Land diese Energiequelle nicht genutzt werden könne, obwohl nach Möglichkeiten zur Senkung des Ölverbrauchs gesucht werde. Der Abg. **Gricius** (Litauen) bat um Auskunft über den Stand des Privatisierungsprozesses. Herr **Eidukevicius** gab zu, dass es durch die Abhängigkeit Litauens von den russischen Gaslieferungen noch kein Einvernehmen zur Privatisierung der Gasversorgung gebe. Litauen wünsche sich garantierte Gaslieferungen von einem westlichen Lieferanten. Dagegen sei die Stromversorgung bereits in privater Hand. Senator **Terracini** (Italien) brachte Befürchtungen über die Sicherheitsrisiken des Atomkraftwerkes Ignalina zum Ausdruck. Der Gastredner versicherte, dass aufgrund der seit 1999 erfolgten Maßnahmen und Umbauten, u. a. den Einbau eines sekundären Abschaltsystems im Sicherheitsblock, Ignalina nicht mehr mit russischen Atomkraftwerken zu vergleichen sei. Zusätzlich werde das Kraftwerk regelmäßig von unabhängigen Experten kontrolliert. Abg. **Bilirakis** (USA) fragte, ob daran gedacht werde, dieses Werk durch ein neues Werk mit neuer Technik zu ersetzen. Der Gastredner bestätigte, dass über einen Austausch der alten gegen neue Reaktoren nachgedacht werde. Im Moment würde aber noch die Wirtschaftlichkeit geprüft, da dreimal mehr Kapazität als benötigt vorhanden sei. Der Vorsitzende **van Gennip** (Niederlande) wies auf die Meinungsverschiedenheiten in Deutschland und Frankreich zur Nutzung der Atomenergie hin und fragte nach der Situation in Litauen. Der Gastredner erinnerte daran, dass die Litauer immer mit der Atomenergie leben mussten. Über das Vorhandensein einer wirklichen Gefahr werde nicht nachgedacht. Auf die Frage des Vorsitzenden **van Gennip** (Niederlande) nach einem gültigen Rechtsrahmen für die Zusammenarbeit mit Russland entgegnete der Gastredner, dass Russland für Litauen ein guter Partner bezüglich der Energieversorgung sei.

V. Zwischenbericht des Unterausschusses Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen: „Die institutionellen und politischen Herausforderungen im Umgang mit den Handelsbeziehungen zwischen Nordamerika und der EU – ein Überblick“ (Abg. Gomes Da Silva, Portugal und Abg. Tanner, USA)

Der Berichterstatter **Da Silva** (Portugal) und, für den Berichterstatter Abg. **Tanner** (USA), der Abg. **Bilirakis** (USA) stellten den Zwischenbericht vor. Abg. **Da Silva** (Portugal) berichtete über die angespannten Beziehungen im transatlantischen Verhältnis. Bei den Handelsstreitigkeiten zwischen Europa und den Vereinigten Staaten sei eine bemerkenswerte Eskalation zu verzeichnen. Da jedoch gleichzeitig das Volumen des Austausches in Handel und Finanzwirtschaft zwischen Nordamerika und Europa zunehme, liege möglicherweise eine zentrale Herausforderung in der Schaffung eines politischen und institutionellen Rahmens, in dem Konflikte ausgetragen werden könnten. Bei Problemen im Bereich von offenen Handelsbeziehungen gingen die Gedanken von Politikern leicht hin zum Protektionismus. Auch setze sich in zunehmenden Maße eine merkantilistischere Auffassung vom Handel in der öffentlichen Haltung durch. Dies widerspreche jedoch jeder volkswirtschaftlichen Theorie sowie der Alltagsrealität der Handelsbeziehungen. Eine politische Unterstützung der Handelsbeziehungen zwischen Nordamerika und Europa zum jetzigen Zeitpunkt sei von elementarer Bedeutung. Es gehe darum, die Solidarität des Bündnisses zu unterstreichen und deutlich zu machen, Handel nicht als Bedrohung sondern als Chance und Gelegenheit zu begreifen. Protektionismus ersticke Wirtschaftswachstum und vergifte Beziehungen. Die politische Aufmerksamkeit sollte sich wirtschaftlich vielversprechenden, multilateralen Lösungen zuwenden, von denen nicht nur Länder des Bündnisses profitieren würden, sondern auch diejenigen in der sich entwickelnden Welt. Eine Führungsrolle komme hier Europa und den Vereinigten Staaten, aber auch Kanada zu, die sich deutlich zum freien Handel bekennen. Europa und Nordamerika sollten mit mutigen Ansätzen einen Konsens in der Handelsordnung suchen. In dem Bericht werde eine multilaterale Liberalisierung vorgeschlagen. Europa und Amerika sollten sich von den Schlichtungsmechanismen der WTO abwenden, um den von der Wirtschaft favorisierten Weg des Abschlusses bilateraler Vereinbarungen untereinander zu gehen.

Der Abg. **Bilirakis** (USA) hob hervor, dass er selbst kein Befürworter des freien Handels sei, wohl aber die Berichterstatter wie auch die neue amerikanische Regierung. Seiner Meinung nach ziehe aus freiem Handel vielleicht ein Land insgesamt Vorteile, ein Einzelner jedoch nicht. Es sei jedoch eine Tatsache, dass sich das Handelsvolumen trotz bestehender Meinungsverschiedenheiten in den transatlantischen Handelsbeziehungen vergrößern konnte. Aus dieser Erkenntnis heraus müsse ein Ausgleich zwischen den verschiedenen Interessen gefunden werden.

In der anschließenden Diskussion zeigte sich der Abg. **Benoit** (Kanada) erfreut über die namentliche Einbeziehung seines Landes. Er unterstrich Kanadas Politik des freien Handels. Der Vorsitzende **van Gennip** (Niederlande) wies auf die in den USA steigenden und in Deutschland stagnierenden Arbeitslosenzahlen und auf den europäischen Versuch der Kürzung von Subventionen in der Landwirtschaft hin. Der Abg. **Bilirakis** (USA) fand sich durch diese Fakten für sein Eintreten für den Protektionismus bestätigt. Der Abg. **Da Silva** (Portugal) sagte, dass der Bericht versuche, beiden Seiten des Atlantiks gerecht zu werden. In den USA gebe es das Phänomen, dass,

immer wenn der Dollar steige, ein Hang zum Protektionismus zu erkennen sei. Dieser Aspekt sollte in den Bericht aufgenommen werden. Was Kanada betreffe, so sollte nicht mehr in bilateralem sondern in trilateralem Sinne gedacht werden. Es sollte auf eine aktive Teilnahme Kanadas hingearbeitet werden. Der Abg. **Bereuter** (USA) bemängelte den Bericht als zu oberflächlich, weil er nicht die wirklichen Schwierigkeiten, welche die USA und Europa auseinander driften lassen, aufzeige. Er meinte, dass gerade den USA gegenüber unfaire Praktiken eingerissen seien. Der Vorsitzende **van Gennip** (Niederlande) hielt eine verbesserte Zusammenarbeit und freieren Umgang miteinander für machbar und der Abg. **Da Silva** (Portugal) unterstrich noch einmal die Wichtigkeit des Verhältnisses USA – Europa. Jedoch gab er zu bedenken, dass wirtschaftliche Werte in den wirtschaftlichen Bereich gehörten, die politische aber in den politischen. Der Vorsitzende **van Gennip** (Niederlande) empfahl, in den Bericht eine gewisse Dringlichkeit und Schärfe mit einfließen zu lassen und erinnerte in diesem Zusammenhang an einen für die zweite Jahreshälfte geplanten Besuch bei der WTO in Genf.

VI. Generalbericht des Ausschusses für Wirtschaft und Sicherheit: „Energie- und Wirtschaftssicherheit: Die Bedeutung von Energie für die transatlantische wirtschaftliche und strategische Sicherheit“ (Abg. Helminger, Luxemburg)

Der Abg. **Helminger** (Luxemburg) unterstrich bei der Präsentation seines Berichts, dass der Anstieg von Energiepreisen nachhaltige Auswirkungen auf die Wirtschaft in den westlichen Ländern habe, und damit auch eine eminente Bedeutung für das Bündnis. Angesichts der vielschichtigen Entwicklungen auf dem Energiesektor seien einige Grunddaten über die Rolle der Energie im Wirtschaftsleben der westlichen Welt und ihre Bedeutung bei der Formulierung nationaler strategischer Prioritäten neu zu bewerten. Öl und Gas würden in den kommenden 20 Jahren weltweit die wichtigsten Energiequellen bleiben. Trotz eines geringer steigenden Energieverbrauchs in den OECD-Ländern würde wegen des explodierenden Energiebedarfs in den Entwicklungsländern die Nachfrage nach Öl und Gas insgesamt steigen. Aus Gründen eines breiteren Energieangebotes und Fragen des Umweltschutzes sollte die Erforschung erneuerbarer Energien nicht vernachlässigt werden. Er erinnerte daran, dass alle wichtigen Hauptenergieexportländer politische Krisenregionen seien. Für die NATO-Mitgliedsländer würde die Energiefrage von grundlegender Bedeutung bleiben. Um jedoch die Energieversorgung langfristig zu sichern, müssten besondere Strategien entwickelt werden. Parallel dazu sollte die Energieerzeugung in Europa und in den USA deutlich erhöht werden. Da es auf beiden Seiten des Atlantiks verschiedene Ansätze für Lösungen gebe, blieben Spannungen nicht aus. In den USA diskutiere der Senat den Bau neuer Atomkraftwerke und die Freigabe bislang unter Naturschutz stehender Gebiete in Alaska zur Erdölgewinnung, in Europa würde eher über Maßnahmen zur Verringerung der Energieverschwendung nachgedacht. Es gelte Antworten zu finden, u. a.: zur zukünftigen Versorgung, zur Entwicklung der Ölpreise, zur Sanktionspolitik, zu Maßnahmen bei Lieferengpässen, zu gemeinsamen Umweltzielen, zu einem Grundkonsens zwischen Nordamerika und Europa.

In der anschließenden Diskussion bestätigte der Abg. **Olrich** (Island) die große Rolle, die Energiefragen im Bereich der Sicherheit und Verteidigung spielten. Die Bewältigung der Energieprobleme hänge von langfristigen Lösungen ab. Der Bericht skizziere für die nächsten 20 Jahre deutlich die Zukunft fossiler Brennstoffe. Die Verschmutzung durch Flugtreibstoff sei gar nicht erwähnt. Wie seien somit CO_2-Emissionen zu verringern? Er wies darauf hin, dass in Europa in Kernenergie nicht investiert werde. Wie solle sich die Situation ohne Atomenergie ändern? Auf dem Energiesektor scheine die Wirtschaft kurzsichtig zu sein und die Regierungen schwach. Gebraucht würde eine gemeinsame Politik. Der Abg. **Vural** (Türkei) war der Meinung, dass die Abhängigkeit von Öl zugunsten von Gas gelockert werden sollte. Der Aspekt der Diversifizierung sollte nicht außer Acht gelassen werden. Er zeichnete die Vor- und Nachteile bestehender bzw. geplanter Gas-Pipeline-Routen. Eindeutig seien Leitungen, die durch die NATO-Staaten geführt würden, zu bevorzugen. Der Abg. **Benoit** (Kanada) brachte in Erinnerung, dass die USA einen Großteil ihrer Ölimporte von verlässlichen Lieferanten wie Kanada und Mexiko bezögen. Amerikas Energiepolitik ziele auf eine Vertiefung der Zusammenarbeit mit diesen Ländern. Der Abg. **Gricius** (Litauen) deutete auf notwendige hohe russische Investitionskosten für weiterhin zuverlässige Gas- bzw. Öllieferungen hin. Er nahm an, dass Gas für Litauen die Alternative zum Atomstrom sein werde. Der Berichterstatter, Abg. **Helminger** (Luxemburg), bedankte sich für die Anregungen, die er gerne in seinen Schlussbericht aufnehmen werde.

Abschließend informierte der Vorsitzende, Abg. **van Gennip** (Niederlande), die Mitglieder über die für 2001 geplanten Aktivitäten des Ausschusses. Er schloss die Sitzung mit einem Dank an die litauischen Gastgeber für die Ausrichtung der Frühjahrstagung und an die Ausschussmitglieder für ihre Mitarbeit.

Ausschuss für Wissenschaft und Technologie

Der Ausschuss für Wissenschaft und Technologie trat am 28. Mai unter dem Vorsitz des in Berlin zum Vorsitzenden gewählten Senators **Nolin** (Kanada) zusammen.

I. Tagesordnung und Themen

Schwerpunkt der Beratungen im Ausschuss für Wissenschaft und Technologie war der Einsatz von abgereichertem Uran auf dem Balkan, wozu Abg. **Lothar Ibrügger** (Deutschland) seinen Sonderbericht vorstellte. Zum gleichen Thema referierte **Pekka Haavisto,** Vorsitzender des VN Umweltprogramms, über abgereichertes Uran. Weitere Themen waren die Sicherung von Nuklearmeilern in Mittel- und Osteuropa, womit sich die Abg. **Ehlers** (Vereinigte Staaten) und **Gherman** (Rumänien) näher befassten. Als zweiter Referent gab der stellvertretende

Wirtschaftsminister Litauens **Eidukevicius** eine Einführung über das Kernkraftwerk Ignalina, das am darauf folgenden Tag von den Ausschussmitgliedern besichtigt wurde.

II. Sonderbericht „Abgereichertes Uran (DU) in Südosteuropa: Einsatz und Folgen“, (Abg. Lothar Ibrügger, Deutschland)

Den Sonderbericht „Abgereichertes Uran (DU) in Südosteuropa: Einsatz und Folgen“ stellte Abg. **Ibrügger** (Deutschland) vor. Damit wolle er den Ausschussmitgliedern fundierte Informationen über die Auswirkungen an die Hand geben, welche der Einsatz von Waffen mit abgereichertem Uran 1999 bei dem Kosovo-Lufteinsatz der NATO gehabt habe. Dabei verwies Abg. **Ibrügger** auf die jüngste Debatte über einen angeblichen Zusammenhang zwischen einer erhöhten Zahl von Leukämieerkrankungen bei Soldaten, die bei dem Einsatz mitgewirkt haben, und der Verwendung von DU-Munition. Mit seinem Bericht versuche er, einen objektiven Sachstand der DU-Debatte zu liefern. Darüber hinaus befasse er sich mit benachbarten Themen, wie z. B. Verwendung toxischer Munition, Gefährdung für „peacekeeper“ und Bevölkerung durch scharfe Munition, Umweltschäden und die Beachtung des Völkerrechts bei NATO-Einsätzen. Zusammenfassend stellte Abg. **Ibrügger** fest, dass wissenschaftliche Untersuchungen zu dem Ergebnis gekommen seien, dass DU zwar Krankheiten, nicht jedoch Leukämie verursachen könne. Unmittelbar im Anschluss daran berichtete **Stephane Kolanowski** vom IKRK, dass der Anteil von DU-Munition, die ihr Ziel verfehlt habe, zu hoch sei. Ferner dringe diese Munition nicht zwangsläufig ins Erdreich ein, sondern bleibe vielfach am Boden liegen und bilde so eine Gefahr für die Natur und Gesundheit. Kolanowski bezweifelte auch, ob die im Artikel des „New Scientist“ ausgeführten Testmethoden exakt seien und bewertete die UNEP-Tests als die bislang genauesten und zuverlässigsten.

Abg. **Rebelo** (Portugal) stellte richtig, dass nicht zwei Soldaten, die im Kosovo stationiert waren, sondern einer verstorben sei; Todesursache sei nicht Krebs, sondern eine Infektion gewesen. Ob in Bosnien auch DU zum Einsatz gekommen sei, es dazu Untersuchungen gebe und ob der Berichterstatter für ein Verbot von DU-Munition plädiere, fragte **Rebelo.** Abg. **Beyreli** (Türkei) erinnerte die Mitglieder an einen Ausschussbesuch im Mai 2000 bei dem IKRK in Genf, wo Fachleute erklärt hätten, die DU-Munition sei nicht ausreichend gefährlich, um ein Verbot dieser Munition zu rechtfertigen. Abg. Frau Nardini (Italien) zeigte sich unzufrieden mit dem Bericht, denn er lasse offen, ob auch die einheimische Bevölkerung untersucht worden sei. Ferner vermisse sie ein eindeutiges Urteil über den Zusammenhang von DU-Munition und Krebserkrankungen. Unter Hinweis auf die im Bericht genannten UNEP- und WHO-Studien widersprach Sir P**eter Emery** (Vereinigtes Königreich) den Äußerungen seiner Vorrednerin und fügte ergänzend hinzu, dass auch in seinem Land umfangreiche Studien über DU mit dem Ergebnis erarbeitet worden seien, dass in Großbritannien weiterhin diese Munition verwendet werde. Abg. **Franic** (Kroatien) berichtete, dass in seinem Land kein Nachweis über den Zusammenhang von DU Munition und Krebs habe erbracht werden können.

In seiner Erwiderung stellte Abg. **Ibrügger** klar, dass dieser Bericht sich aus dem Besuch beim IKRK ergeben habe und hielt es für notwendig, dieses Thema in den nationalen Parlamenten weiter zu diskutieren. Viele Ausschusskollegen hätten ihm den Eindruck vermittelt, bei der Februar-Sitzung von den NATO-Experten nur unzureichend informiert worden zu sein; mit dem Bericht wolle er dieses Defizit beheben. Dazu werde der Bericht fortgeschrieben. Zum Verbot von DU-Munition gebe es unter den NATO-Partnern keine einhellige Meinung.

III. Vortrag: „Auswirkungen des Einsatzes von DU auf dem Balkan“ von Pekka Haavisto (Umweltprogramm der Vereinigten Nationen)

Thematisch anknüpfend fasste **Pekka Haavisto** vom Umweltprogramm der VN die Untersuchungsergebnisse über die „Auswirkungen des Einsatzes von DU auf dem Balkan“ zusammen. Beauftragt habe man die VN, nachdem Mutmaßungen kursierten, die Luftangriffe im Kosovo hätten zu Umweltschäden in der Donau und dem Schwarzen Meer geführt. Daraufhin habe die VN 60 unabhängige Wissenschaftler zu einer „fact-finding mission“ nach Serbien, Albanien, Montenegro, Mazedonien und ins Kosovo geschickt. Die Experten seien zu dem Ergebnis gekommen, dass circa 70 % der Schadstoffe bereits vor dem Krieg emittiert worden seien.

Bis zum Sommer 1999 habe es nur Gerüchte über die verwendete Munition gegeben. Auf ein entsprechendes Auskunftsersuchen der UNEP sei sie an die Mitgliedsländer verwiesen worden. Zunächst seien unter Hinweis auf die militärische Sicherheit keine Informationen zum Waffentyp gegeben worden. Erst auf ein Schreiben des VN-Generalsekretärs habe der NATO-Generalsekretär mitgeteilt, dass im Kosovo neun Arten von DU eingesetzt worden seien. Einige Monate später seien auch die 115 Einsatzorte präzisiert worden. Davon habe die VN elf inspiziert, leichte Radioaktivität gemessen und eine Beseitigung der verstrahlten Böden etc. empfohlen, weil sie für spielende Kinder eine Gefahr darstellten. Persönlich vertrat Haavisto die Auffassung, dass die Leukämieerkrankungen bei Soldaten, die in den fraglichen Gebieten im Einsatz waren, nicht auf die DU zurückzuführen sei. Abschließend unterstrich Haavisto, wie wichtig es sei, auch nach Beendigung des Konfliktes aktuelle Informationen darüber zu veröffentlichen; andernfalls würden Spekulationen und Gerüchten Tür und Tor geöffnet.

In der nachfolgenden Diskussion unterstrich Abg. **Palombo** (Italien) das Petitum des Referenten und bat um entsprechende Informationen zu Bosnien, wo Gerüchte über den Einsatz chemischer Substanzen kursieren würden. Abg. **Filipovic** (Jugoslawien) bewertete die Gefahr durch Chemikalien als weitaus größer als die durch Radioaktivität herbeigeführte. Für die Bevölkerung sei es

auf jeden Fall ein positives Signal, wenn geeignete Räumungsmaßnahmen getroffen würden. Abg. **Ibrügger** bat Haavisto um Auskunft, ob es eine Stellungnahme der IAEA, WHO oder UNEP zu DU geben würde. Abg. **Nardini** (Italien) erkundigte sich danach, ob Untersuchungen über den Einsatz von DU im Irak vorliegen würden, insbesondere über die Auswirkungen auf Frauen und Kinder. **Haavisto** führte aus, dass DU kontaminierter Staub gefährlich sei und nicht eingeatmet werden solle. Sobald er sich auf dem Boden absetze oder ins Wasser gerate, könne er auch dort Schaden anrichten. Die UNEP-Experten hätten jedoch nur sehr geringe, nicht als gesundheitsgefährdend eingestufte Mengen festgestellt. An die Vereinten Nationen sei ein formales Ersuchen herangetragen worden, im Irak der DU nachzugehen. Dazu sei eine erste Reaktion erfolgt, und die WHO habe sich bereit erklärt, dort Untersuchungen vorzunehmen, wo Irakis über Gesundheitsprobleme klagen. Man wolle aber nicht nur Behandlungsstätten, sondern auch die Orte, wo die Munition eingesetzt worden sei, aufsuchen. Dagegen spräche allerdings mangelnde Transparenz und Zugangsbeschränkungen vor Ort.

IV. Vortrag von Nerijus Eidukevicius, stellvertretender Wirtschaftminister Litauens

Zur Vorbereitung des Ausschussbesuches am nächsten Tag referierte der stellvertretende Wirtschaftsminister Litauens, **Nerijus Eidukevicius,** über das Kernkraftwerk Ignalina. Zu 85 % decke das Kraftwerk den Elektrizitätsbedarf Litauens. **Eidukevicius** bezeichnete die Sicherheitsstandards des Kraftwerkes als unzureichend gemessen an den Standards der EU. Ignalina müsse nachgerüstet werden als Voraussetzung für einen EU-Beitritt. Der stellvertretende Wirtschaftsminister sicherte den Ausschussmitgliedern zu, dass die litauische Regierung alle Maßnahmen ergreifen werde, um die internationalen Kriterien für AKW-Sicherheit zu erfüllen. Dabei sei Litauen auf technische und finanzielle Unterstützung durch die G-7-Länder, EU und internationale Finanzinstitute angewiesen. **Eidukevicius** gab zu bedenken, dass nach Expertenmeinung der Reaktortyp langfristig nicht ausreichend sicher sei und deshalb wolle die litauische Regierung bis zum Jahr 2005 Block 1 stilllegen. Dazu würde ein Programm zur Stilllegung, Beseitigung des radioaktiven Abfalls, zu einem rechtlichen Rahmen führen und die Kosten der Stilllegung sowie die Umstrukturierung der Region aufgelegt. Kalkuliert werde auch der Energiebedarf nach der Stilllegung sowie dessen finanzielle Folgen. Mit der Schließung des zweiten Reaktorblocks wolle man sich nach 2004 eingehend befassen, wenn die Nationale Energiestrategie in ihrer aktualisierten Fassung vorliege.

Zusammenfassend stellte **Eidukevicius** fest, dass die Stilllegungen gravierende Auswirkungen haben würden, die nur durch internationale Hilfe abzufedern seien. Zu diesem Zweck sei im Juni 2000 in Wilna eine internationale Geberkonferenz von der litauischen Regierung gemeinsam mit der EU Kommission ausgerichtet worden. Ferner sei mit der BERD ein Rahmenabkommen über die Schaffung eines Fonds vereinbart worden, mit dessen Hilfe die Stilllegung von Ignalina finanziert werden solle.

Abg. **Gherman** (Rumänien) bestätigte die Ausführungen des stellvertretenden Wirtschaftsministers, dass eine Ausgewogenheit zwischen Wirtschafts- und Sicherheitsaspekten hergestellt und finanzielle Unterstützung durch die internationale Staatengemeinschaft gewährleistet werden müsse. Abg. **Lampson** (Vereinigte Staaten) erkundigte sich nach der Entsorgung des radioaktiven Abfalls. Der Abfall werde, so lautete Eidukevicius Antwort, in speziellen Castor-Behältern auf dem AKW-Gelände zwischengelagert.

V. Berichte

Für seinen an der Teilnahme verhinderten Kollegen **Ehlers** (Vereinigte Staaten) stellte Abg. **Lampson** (Vereinigte Staaten) den Entwurf eines *Sonderberichts Sicherung des Nuklearkomplexes in Russland und den Neuen Unabhängigen Staaten* vor. Darin unterstrich Lampson die Notwendigkeit, einerseits den Nuklearbestand in Russland zu reduzieren und andererseits die nukleare Sicherheit zu gewährleisten. Dank zahlreicher Rüstungskontrollabkommen, die zwischen Russland und der GUS ausgehandelt worden seien, habe das Nukleararsenal deutlich verringert werden können. Es müsse dennoch viel mehr geschehen, bis Nuklearwaffen und nuklearwaffenfähiges Material sicher gelagert bzw. entsorgt sind. Auch hier könne auf die Unterstützung des Westens nicht verzichtet werden.

Anstelle von Berichterstatter **Mates** (Vereinigtes Königreich) stellte **Sir Peter Emery** (Vereinigtes Königreich) den Unterausschussbericht „Technologie und Terrorismus“ vor. Sir Peter wies darauf hin, wie sehr sich die internationalen terroristischen Aktivitäten nach dem Ende des Kalten Krieges verändert hätten. Sie seien gefährlicher und schwerer zu bekämpfen als früher. Terrorakte forderten mehr Todesopfer, seien nicht nur rein politisch, sondern auch ethnisch oder religiös begründet. Terrororganisationen arbeiteten in losem Verbund über die Landesgrenzen hinweg und bedienten sich des Internets, um ihre verschiedenen Aktivitäten vorzubereiten und zu koordinieren. Alles in allem erfordere diese „neue“ terroristische Bedrohung präventive Maßnahmen, u. a. die Öffentlichkeit und Unternehmen umfassend zu informieren und ihnen geeignete Schutzmechanismen an die Hand zu geben.

Sir Peter Emery (Vereinigtes Königreich) stellte auch das Informationsdokument zum Kyoto-Abkommen vor. Als Schwerpunkt nannte er die Gefahr für das Weltklima durch Treibhausgase und die globale Erderwärmung als Folge der Modernisierung. Von den 53 Unterzeichnerstaaten hätten bislang erst 33 das Abkommen ratifiziert, mit dem man durch zahlreiche Regelungen die Emission von Gasen in die Atmosphäre begrenzen wolle. Zu den ratifizierungswilligen Ländern zählten auch die USA. Sir Peter erläuterte die unterschiedlichen Meinungen zwischen Europäern und Amerikanern zum Kyoto-Abkommen und vertrat die Auffassung, dass die NATO PV zu einem Thema dieser Tragweite eine einhellige Stellungnahme abgeben solle. Dazu, so lautete Sir Peters Vorschlag, sollte ein europäischer und ein US-amerikanischer Berichterstatter zu Kyoto einen gemeinsamen Text dem Ausschuss präsentieren. Dieser Vorschlag wurde vom Vorsitz gebilligt.

VI. Zukünftige Aktivitäten

Gegen Ende der Sitzung schilderte der Vorsitzende seine Vorstellungen über die zukünftige Ausschussarbeit: Rüstungskontrolle und Nichtweiterverbreitung sowie Umweltprobleme. Abg. **Beyreli** (Türkei) hielt es für sinnvoll, dass der Ausschuss sich an der Diskussion über das US-amerikanische Raketenabwehrprogramm beteilige, fokussiert auf die Frage der technischen Durchführbarkeit. Einhellig billigten die Ausschussmitglieder die Anregung des Vorsitzenden, mit den Kollegen des Politischen Ausschusses sowie des Ausschusses für Verteidigung und Sicherheit eine Arbeitsteilung und Koordinierung zum Thema NMD zu verabreden.

Ausschuss für die zivile Dimension der Sicherheit

Der Ausschuss für die zivile Dimension der Sicherheit der Parlamentarischen Versammlung der NATO tagte am Dienstag, dem 29. Mai 2001, in Wilna, Litauen, unter dem Vorsitz des Abg. **Paecht** (Frankreich).

Auf der Tagesordnung des Ausschusses standen zwei Berichte, nämlich der Generalbericht des Generalberichterstatters Abg. Volker **Kröning** über zivile Beiträge zur Europäischen Sicherheit und des französischen Abg. **Chauveau** sowie des italienischen Abg. **Migone** über Aussichten für demokratische Reformen in Serbien, Weißrussland und Kaliningrad. Außerdem hielten der Innenminister von Litauen, **Vytautas Markeviius,** der Präsident des Forschungszentrums für soziale Technologien in Minsk, Weißrussland, **Alexander Feduta,** und der Innenminister der Bundesrepublik Jugoslawien, **Zoran Zivkovic,** Vorträge und stellten sich den Fragen. Der gemeinsame Bericht der Abg. **Chauveau** und **Migone** schilderte die Problemlagen in den drei genannten Ländern. Auch er rief keine streitige Diskussion hervor, zumal die dort genannten Themen bereits vorher ausführlich an Hand der Vorträge der eingeladenen Gäste erörtert worden waren. Schließlich beschloss der Ausschuss die Einsetzung eines Sonderberichterstatters, nämlich des rumänischen Abg. Roman zum Thema: „Gelingt es den Staaten des Balkans, von der schlechten Seite der Geschichte zur guten hinüber zu wechseln?“

I. Entwurf eines Generalberichts über zivile Beiträge zur Europäischen Sicherheit

Der in Abwesenheit des Generalberichterstatters vom Ausschussvorsitzenden, dem französischen Abg. **Paecht,** vorgetragene Generalbericht über zivile Beiträge zur Europäischen Sicherheit befasste sich umfassend mit Konfliktverhinderung und Konfliktbewältigung und fand in seiner Tendenz die Unterstützung des Ausschusses. Der Generalbericht unterstreiche die Notwendigkeit, zwischen Konfliktverhinderung und Konfliktbewältigung zu unterscheiden. Nach Ansicht des Vorsitzenden sei es dem Berichterstatter vor allem darum gegangen, den politischen gegenüber dem reinen militärischen Charakter der Organisation zu stärken, wie dies auch den neuen Ansprüchen, die die Organisation an sich selbst stellt, entspreche. Hierzu habe er einen ganzheitlichen Ansatz gewählt. Zu diesem ganzheitlichen Ansatz gehöre, dass die zur Unterstützung der zivilen Dimension der Sicherheitspolitik notwendigen Mittel deutlich angesprochen werden. Hierbei greife der Berichterstatter u. a. auf das deutsche Beispiel zurück. Er habe die Möglichkeiten, die die Partnerschaft mit der EU anderen europäischen Staaten bietet, einer Tiefenanalyse unterzogen, weise aber auch auf bestehende Probleme hin. Ein wesentliches Problem sei die fehlende Koordinierung von Lösungsmöglichkeiten. Neben einer Fortführung der traditionellen Mittel für Aufbau von Institutionen und einer funktionierenden Zivilgesellschaft fordere der Bericht auch eine Neustrukturierung des Sicherheitsbereiches unter Einschluss von Polizei und paramilitärischen Einheiten. Er weise auf das Problem der Kleinwaffen hin und mahne eine engere Zusammenarbeit der NATO mit der Europäischen Union an.

Aufgrund der großen Probleme, die generell unter dem Thema „Kriminalität“ abgehandelt werden, sei vor allem zur besseren Bekämpfung des Drogenhandels eine engere Zusammenarbeit zwischen Russland und der NATO im Bereich Mittelasien nötig. Darüber hinaus müsse aber auch der Wirtschaftsförderung, insbesondere von kleinen und mittleren Betrieben, größere Bedeutung zugemessen werden. Im Bereich der Konfliktbewältigung fordere der Bericht im Bereich der bestehenden Programme eine stark verbesserte Koordinierung und ein besseres Management, sowie die Entwicklung effektiverer Konfliktbewältigungsstrategien. Hierzu seien neue Instrumente aufgezählt worden. Im Ergebnis warne der Bericht vor einer ungesunden Arbeitsteilung zwischen Europa und den nordamerikanischen Verbündeten, die dann entstehen könnte, wenn die USA insbesondere den Aspekt der Verteidigung und Europa den Aspekt des Wiederaufbaus übernehmen würden.

In der anschließenden Diskussion hob insbesondere der rumänische Abg. **Roman** hervor, dass in der Balkanregion innerhalb von weniger als zehn Jahren mehr als $ 45 Milliarden an Kriegskosten aufgebracht worden seien, während $ 9 Milliarden ausreichen würden, um alle Aufbauprojekte des Stabilitätspaktes zu finanzieren. Er zog daraus den Schluss, dass nach wie vor der Krieg sich leichter als die Konfliktverhinderung und -bewältigung finanzieren lasse, und regte an, dass der Bericht in noch stärkerem Umfang diesen Aspekt und die daraus zu ziehenden Schlussfolgerungen ansprechen sollte. Auch die italienische Abg. **Nardini** ermutigte dazu, den Bericht um weitere Bereiche in derselben Richtung anzureichern. Sie sprach insbesondere Fragen der Interventionsmöglichkeiten im Vorfeld einer eingreifenden Intervention an, worunter sie u. a. Wirtschaftshilfe verstand. Außerdem bat sie darum, die Rolle der Vereinten Nationen in diesem Zusammenhang besser darzustellen, insbesondere auch – weiter ausgreifend –, welche Möglichkeiten internationaler Vermittlung es gebe. Der US-amerikanische Abg. **Lampson** betonte, dass die USA nicht an eine Arbeitsteilung dächten, wie sie im Bericht angerissen worden war. Sie unterstützten vielmehr auch Konfliktverhinderung und Konfliktbewältigung. Eine Veränderung der Politik der NATO dürfe aber ihre Verteidigungsbereitschaft nicht gefährden.

Der **Vorsitzende** kündigte an, dass der Generalberichterstatter seinen Bericht in der angesprochenen Richtung anreichern werde. Dazu gehöre auch, sich mit der Frage der verschiedenen Organisationen zu befassen. Die Frage der Vereinten Nationen werde erst in dem Moment gelöst werden können, wenn der Sicherheitsrat aufhöre, sich selbst zu lähmen. Insgesamt sei die Zeit gekommen, zu handeln, anstatt immer nur darauf hinzuweisen, was eigentlich nötig sei.

In Bezug auf die Antwort des NATO-Generalsekretärs Lord Robertson auf die in Berlin gefassten Entschließungen der NATO-Versammlung bedauerte der Vorsitzende, dass in dieser Antwort die zivile Dimension kaum vorgekommen sei. Der NATO-Generalsekretär habe nur sehr global auf die Resolution dieses Ausschusses geantwortet. Der italienische Abg. **Migone** unterstrich, dass es sich dabei überhaupt um die zentrale Frage der Organisation handele. Der rumänische Abg. **Roman** ergänzte, dass diese Frage auch Teil der Überlegungen zum Erweiterungsprozess sein müsse.

Im Ergebnis beauftragte der Ausschuss den Vorsitzenden, dem Generalsekretär die Kritik des Ausschusses daran, dass diese zivile Komponente der Verteidigung nicht ausreichend gewürdigt werde, mitzuteilen.

II. Rede des Innenminister von Litauen, Vytautas Markeviius

Der litauische Innenminister stellte umfänglich die gesetzgeberischen und administrativen Maßnahmen seines Landes zum Schutz der eigenen Grenzen in Anlehnung an das EU-Recht dar. Hautproblem sei nach wie vor, dass der vor zehn Jahren paraphierte Vertrag mit Russland von der russischen Staatsduma noch nicht ratifiziert worden sei. Die Grenzen zu Weißrussland seien auf beiden Seiten markiert. Zum Gebiet Kaliningrad gebe es wenig Probleme, da dort überwiegend Wassergrenzen bestünden. 50 % aller Grenzübertritte an den Grenzen Litauens fänden mit Weißrussland und mit dem Gebiet Kaliningrad statt (5 Millionen respektive mehr als 3 Millionen). In Bezug auf die Migration sei festzustellen, dass Litauen nicht mehr nur Transitland in den Westen, sondern es finde bereits eine Migration nach Litauen selbst statt. Deshalb sei das Land auch Mitglied der Weltmigrationsorganisation.

Im Hinblick auf die Verbrechensbekämpfung sei eine fortschreitende Professionalisierung des organisierten Verbrechens festzustellen. Zu dessen Bekämpfung – auch im Hinblick auf die Zerstörung seiner wirtschaftlichen Rahmenbedingungen – sei ein eigenes Gesetz erlassen worden. Bei einer Landesbevölkerung von 3,5 Millionen sei aufgrund dieses Gesetzes bereits gegen 1 200 Personen vorgegangen worden. Eine eigene Geldwäscheeinheit der Polizei wache über die Einhaltung der entsprechenden Vorschriften. Leider sei die Korruption nach wie vor ein brisantes Thema. Besondere Bedeutung messe man dem Zeugen- und dem Opferschutz zu.

Sehr positiv sei zu vermerken, dass es eine gute Zusammenarbeit mit vielen Nachbarländern gebe. Zum Beispiel bestehe ein trilaterales Abkommen mit Lettland und Estland. Bei insgesamt positiven Tendenzen bei der Kriminalitätsbekämpfung seien jedoch die negativen Auswirkungen des Schmuggels auf den Staat sowie der wachsenden Zahl von Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz zu vermerken. Gegenüber 1991 sei eine Steigerungsrate etwa auf das 4,5fache zu verzeichnen. Hier investiere das Land erhebliche Mittel. Auch insofern werde die Zusammenarbeit mit der Polizei der Nachbarländer und anderer europäischer Staaten angestrebt und sei teilweise schon in die Tat umgesetzt worden.

Ein Problem in Bezug auf die polizeiliche Zusammenarbeit bestehe nach wie vor im Datenschutz. FBI, Europol und französischer CERES leisteten erhebliche Unterstützung. Insgesamt sei man auf das, was nach einem möglichen EU-Beitritt auf das Land zukomme, bereits vorbereitet.

Auf Fragen der Abgeordneten antwortend, hielt der Minister in Bezug auf den Grenzverkehr mit dem Gebiet Kaliningrad eine Öffnung für erforderlich. Man werde sehen, inwieweit dies im Rahmen von Schengen möglich sei. Entgegen den mit Russland getroffenen Vereinbarungen gebe es allerdings auch noch Verletzungen des Verbots des Massentransports von Waffen oder Personal durch litauisches Territorium. Insbesondere in den Eisenbahnen seien größere Gruppen von Militärs angetroffen worden. Dennoch sei die Zusammenarbeit mit Russland eigentlich recht zufrieden stellend. Exzellent sei die Zusammenarbeit mit Polen. Mit dem Nachbarland werde auf allen Gebieten bestens kooperiert. Im Polizeibereich seien bereits zahlreiche Fälle vorgekommen, in denen – auch ohne ein entsprechendes Abkommen – Polizeieinheiten beider Staaten jeweils in akuten Fällen auf dem Territorium des jeweils anderen Staates gearbeitete hätten. Schließlich wies der Minister darauf hin, dass man zwar von der Sicherheit des Kernkraftwerkes Ignalia ausgehe, dass man aber für alle Fälle Notpläne erstellt habe. Entsprechende Ausbildungshilfe habe man durch Deutschland und die Vereinigten Staaten erhalten.

III. Rede des Präsidenten des weißrussischen Forschungszentrums für soziale Technologien in Minsk, Alexander Feduta

Der weißrussische oppositionelle Politiker **Alexander Feduta** stellte anhand von Umfrageergebnissen die Situation im Lande dar. Das Vertrauen in die Institutionen schwinde. 68 % der Bevölkerung wünsche sich eine Veränderung. Dennoch werde Präsident Lukaschenko auch bei freien Wahlen vermutlich gewinnen, da der Bevölkerung nach wie vor die Alternative fehle. Allerdings hänge dies auch unmittelbar mit der schwierigen, von dem Regime bewusst herbeigeführten Mediensituation zusammen. Immerhin seien etwa 70 % der Bevölkerung überzeugt, dass Wahlen im Land gefälscht würden. Der so genannte „Furcht-Abstand“ wachse. Dabei handele es sich um den Abstand zwischen den Ergebnissen eher anonymer Umfragen zu solchen, die an der Haustür durchgeführt wurden. Dies deute ebenfalls auf ein verschlechtertes Klima hin. Im Ergebnis hielten etwa 30 % den Staatspräsidenten Lukaschenko für glaubwürdig, während die gesamte Opposition bei 27 % rangiere. Er selbst vertrete die

Auffassung, dass der Schlüssel des Problems in Moskau liege. So sei Präsident Putins Ansehen deutlich höher als das Lukaschenkos. 45 % aller Weißrussen hielten Putin für glaubwürdig. Die Bevölkerung verspüre die erhebliche Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation. Lukaschenkos treueste Wähler seien die Rentner. Ihr Anteil sei in Weißrussland mit 16 % besonders hoch. Lukaschenko benutze auch die Ukraine als Negativbeispiel für die Konsequenzen eines Sieges der Opposition. Für das Land werde allerdings eine besonders schwierige Situation entstehen, wenn nach dem nicht legitimierten Parlament auch dem Präsidenten aus Mangel an fairen Wahlen die Legitimation fehle.

Die Isolierung Weißrusslands werde die Probleme in der Bevölkerung nur verschärfen. Zur Union mit Russland habe die weißrussische Bevölkerung eine positive Haltung. Er – **Feduta** – habe den Eindruck, dass die Russen inzwischen weniger die politischen als vielmehr die ökonomischen Aspekte dieser Union in den Vordergrund stellten und damit auch bezweckten, Lukaschenko zu Wirtschaftsreformen zu bewegen. Solche lehne dieser aber kategorisch ab, weil er damit um seine Machtbasis fürchten müsste. In Zahlen ausgedrückt sähen 52,5 % der Bevölkerung die Union als nötig an, nur 27 % vermuteten hinter ihr einen „politischen Trick“. Als Transitland wolle Weißrussland keine Mauern nach Osten oder Westen errichten und möglichst in beide Richtungen positive Beziehungen unterhalten. In Russland sehe man einen großen Markt und eine Quelle billiger Energie. Im Gegensatz zu anderen Oppositionellen halte er nichts davon, mit künstlichen Koalitionen im Wahlkampf aufzutreten. Niemand verstehe, wenn bunte Koalitionen aus zu unterschiedlichen, eher extrem gegensätzlichen Parteien gebildet würden. Andererseits sei ein einheitliches Auftreten mit einer beschränkten Anzahl von Kandidaten erforderliche Voraussetzung für einen Wahlerfolg.

Ergänzend nahmen zwei Vertreter weiterer oppositioneller Parteien Stellung, und zwar Frau **Polevikova** sowie Herr **Bogdankevich.** Sie wiesen ebenfalls auf den extrem niedrigen Lebensstandard und auf Pressionen seitens des Präsidenten hin. So sei einer der fünf Kandidaten für das Präsidentenamt, ein Gewerkschaftsführer, im Justizministerium mit der Absetzung bedroht worden, falls er auf seiner Kandidatur beharre. Lukaschenko behaupte, alle Oppositionellen würden massive Finanzmittel von der NATO erhalten. Insgesamt sei von $ 700 Millionen die Rede. **Bogdankevich** berichtete, dass seine Gruppe zwar über eine 22-Mitglieder starke Fraktion im Parlament verfüge, der aber keinen Zugang zur Wahlkommission gewährt werde. Nach wie vor gebe es zahlreiche Verhaftungen. Lukaschenko dürfe schon jetzt Wahlkampf betreiben, während alle anderen erst dann aktiv Wahlkampf machen dürften, wenn das Wahldatum festgesetzt worden ist. Insgesamt bestünden aber gute Chancen, dass die Opposition geschlossen in den Wahlkampf gehen werde.

In einem ausführlichen Beitrag wies die deutsche Abg. **Uta Zapf** auf die Bedeutung einer offenen Diskussion des Themas auch in der NATO-Versammlung hin. Man dürfe der Opposition in Weißrussland nicht das Gefühl geben, allein gelassen zu werden. Immerhin handle es sich um die zukünftige Ostgrenze der Europäischen Union. Ihr letztes Gespräch mit dem Leiter der OSZE-Mission in Weißrussland, Botschafter Wieck, habe gezeigt, dass dieser nach wie vor optimistisch sei. Es bestünden gute Voraussetzungen für eine effektive Wahlbeobachtung mit nationalen Wahlbeobachtern, da die entsprechenden Nichtregierungsorganisationen von der OSZE umfassend ausgebildet worden seien. Allerdings sei darüber hinaus eine intensive internationale Wahlbeobachtung nötig. Dafür plädiere sie eindringlich. Auch rufe sie die Opposition dazu auf, sich auf eine einheitliche Plattform und einen gemeinsamen Kandidaten zu einigen. Anders sehe sie keine Erfolgsaussichten. In Bezug auf die Rolle Russlands äußerte sie sich wenig optimistisch. Russland werde sich allenfalls neutral verhalten. Das unselige Dekret Nr. 8 von Lukaschenko habe die Kontrolle verschärft und erschwere die unbedingt erforderliche Finanzierung der oppositionellen Gruppen.

Feduta ergänzte, es sei deshalb um so nötiger, dass die Beobachter schon zu einem frühen Zeitpunkt eingesetzt würden, da die Probleme in erster Linie schon bei der Kandidatenaufstellung, der Zusammensetzung der Wahlkommissionen und insbesondere am Tag der Registrierung der Kandidaten entstünden. Werde dort nicht ordentlich beobachtet, werde sich Lukaschenko seinen „Lieblingsgegner“ selbst aussuchen.

IV. Rede von Zoran Zivkovic, Innenminister der Bundesrepublik Jugoslawien

Innenminister **Zivkovic** zeichnete ein insgesamt positives Bild von der Entwicklung im Lande. Er schilderte z. B. die Bemühungen um Aussöhnung der Studentenvereine mit der Polizei, die sie vorher verfolgt habe. Allerdings berichtete er auch von äußerster Armut, Korruption usw. Man sei aber dabei, einiges, was Milosevic verfassungswidrig geregelt habe, wieder zu ordnen, wie z. B. die seit dem unmittelbaren Eingreifen von Milosevic während des „Polizeiputsches“ von Ende 1992 unterlegene Rolle des Bundesinnenministeriums gegenüber dem serbischen Innenministerium. Es gebe eine sehr gute Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten und eine effektive bilaterale Kooperation gegenüber dem organisierten Verbrechen. Zumindest seien bereits zahlreiche Vereinbarungen unterzeichnet worden. Das Ziel des Landes sei klar, man wolle EU-Mitglied werden. Dass Kosovo-Problem sei allerdings ein starker Negativfaktor. Die internationale Verwaltung habe nichts Entscheidendes verbessert. Es herrsche weiterhin eine Lage äußerster Instabilität. Die Serben litten unter der Situation. Die versprochene Demilitarisierung habe nur sehr unvollständig stattgefunden. Eine baldige Wahl würde die Situation weiter destabilisieren, wie es schon bei der ersten Wahl in Bosnien der Fall gewesen sei. Es hielten sich dort immer noch rund 130 000 bewaffnete albanische Terroristen mit Panzern auf. Das absolute Ziel müsste sein, dass KFOR und UNMIK die einzigen Bewaffneten im Lande seien.

Die internationale Hilfe sei nicht ausreichend. Es sei zwar dem Land damit über den Winter geholfen worden, insbesondere durch die Energielieferungen. Es müsse aber

Weiteres geschehen. Der nächsten Geberkonferenz messe er daher besondere Bedeutung zu. Leider werde ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen der Bereitschaft, weitere Leistungen zu geben und einer unbedingten Zusammenarbeit mit Den Haag hergestellt. Hierzu sei zum Einen darauf hinzuweisen, dass die jugoslawische Regierung sich in einer Koalition mit ehemaligen Milosevic-Partnern befinde. Dies mache die Frage nicht einfacher. Aber auch aus allgemeinen Gründen müsse Milosevic zunächst in Serbien verurteilt werden. Es müsse deutlich werden, dass er sich gegenüber den Serben schuldig gemacht habe. Auch sei zu erwarten, dass Milosevic in Serbien eher stärker bestraft werde als in Den Haag. Wenn die Geberkonferenz tatsächlich ein Junktim herstelle, werde dies nicht die Haltung der jugoslawischen Regierung, wohl aber die Geschwindigkeit des Demokratisierungsprozesses beeinflussen.

Auf eine entsprechende Frage sah der Innenminister durchaus eine Vergleichbarkeit der aktuellen Situation in Weißrussland mit der Situation in Jugoslawien vor dem Sturz von Milosevic. Es sei darauf hinzuweisen, dass eine einige Opposition Milosevic gestürzt und jetzt auch verhaftet habe. Es sei ihr gelungen, das dafür nötige Verständnis der Bevölkerung herbeizuführen. Jugoslawien sei gerne bereit, den Oppositionellen in Weißrussland entsprechende Hilfestellung zu geben.

V. Bericht des Unterausschusses Demokratische Regierung, vorgestellt von den Berichterstattern Abg. Guy-Michel Chauveau (Frankreich) und Abg. Gian Giacomo Migone (Italien) über Aussichten für demokratische Reformen in Serbien, Weißrussland und Kaliningrad

In der Vorstellung des Berichts Chauveau/Migone zog der italienische Abg. **Migone** das allgemeine Fazit, dass es der NATO immer noch nicht gelungen sei, sich auf die neuen Anforderungen nach Wegfall des Ost-West-Konfliktes umzustellen. In einer Situation, in der es darum gehe, eine Situation allgemeiner Sicherheit herzustellen, müssten sich die Aktionen der NATO immer an alle richten. In einem Konflikt sei jeder potenziell Freund oder Feind der Sicherheit. Diese Schiedsrichterrolle sei für den Handelnden naturgemäß besonders gefährlich. Aber gerade die Situation im Kosovo und auch jetzt in Mazedonien zeige, wie schnell der Verbündete zum Gegner werden könne.

In seinem Schlusswort wies der Vertreter Litauens, Herr **Sadeckas,** darauf hin, dass sich die Verhandlungen zwischen Litauen und Russland über das Gebiet Kaliningrad auf gutem Weg befinden würden. Hinsichtlich Weißrusslands sei von äußerster Bedeutung, dass das Land nicht isoliert werden dürfe.

Der Ausschuss billigte auch das vorgelegte Arbeitsprogramm für 2001/2002. Die Themen des Generalberichterstatters stünden weiterhin im Vordergrund. Einen besonderen Schwerpunkt werde auch die Frage des organisierten Verbrechens bilden. Der Unterausschuss für demokratische Regierungsführung plane für Juli einen Besuch in Serbien und Montenegro. Für September könne sich ein Besuch in Kaliningrad anschließen. Schließlich sei noch ein Gespräch in Moskau zum Thema des organisierten Verbrechens anvisiert. Ein weiteres, seit längerem nicht mehr beleuchtetes Thema sei Moldau, dem man sich zuwenden werde. Schließlich werde man sich des Problems Weißrusslands weiterhin intensiv annehmen.

Plenarsitzung

Die Plenarsitzung umfasste die Ansprachen des Präsidenten der Versammlung, des Spaniers **Rafael Estrella,** des Generalsekretärs der NATO, **Lord Robertson of Port Ellen,** und des Premierministers von Litauen, **Rolandas Paksas.** Außerdem wurden zwei Deklarationen, die vom Versammlungspräsidenten entworfen worden waren, beraten.

Der **Präsident der Versammlung Estrella** strich die erfolgreichen Bemühungen Litauens heraus, das Land und das Anliegen eines raschen Beitritts zur NATO eindrücklich und überzeugend zu schildern. Er wies auf die in der Vergangenheit stets fördernde Rolle der Versammlung hin und betonte die Offenheit der NATO für den Beitritt weiterer Staaten. Nicht nur, aber auch vor diesem Hintergrund stellte er es als um so wichtigere Aufgabe heraus, den intensiven Kontakt mit Russland zu suchen und zu pflegen. Er bedauerte es, dass keine russische Delegation an dieser Tagung teilgenommen habe, obwohl die Versammlung nicht das beschließen werde, was auf russischer Seite anscheinend befürchtet worden sei. Ein weiterer Schwerpunkt der Versammlung werde der transatlantische Dialog sein, der unter den Vorzeichen einer starken europäischen Eigenständigkeit und bedeutender Veränderungen im Verteidigungskonzept der USA erhöhte Bedeutung habe.

NATO-Generalsekretär **Lord Robertson of Port Ellen** setzte sich mit deutlichen Worten energisch für die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik ein. Er wies alle Vorwürfe, dass durch diese der Zusammenhalt der Allianz oder die Verteidigungsfähigkeit gefährdet werden könnte, entschieden zurück. Er unterstrich im Gegenteil, dass schon die jetzt eingeleiteten Schritte, erst recht aber das, was die Europäer zu unternehmen beschlossen hätten, zu einer Stärkung der Allianz führen werden. In diesem Zusammenhang berichtete er von der Frühjahrstagung der Verteidigungsminister in Budapest. Auch dort habe sich gezeigt, dass die Eigenverantwortlichkeit der Europäer in Bezug auf die europäische Sicherheit und Krisenprävention Gestalt annehme. Darüber hinaus sprach Lord Robertson auch das Thema der NATO-Erweiterung an. Ihm sei bewusst, dass von ihm hierzu Äußerungen erwartet würden. Es müsse aber jedem im Saal auch klar sein, dass vor der anstehenden Entscheidung, die für November des kommenden Jahres in Prag geplant sei, eine Aussage in Bezug auf konkret für die Erweiterung in Betracht kommenden Länder von ihm als Generalsekretär der NATO nicht getroffen werden könne. Die politische Abwägung aller Belange bedürfe ebenso noch der genaueren Untersuchung wie die Frage, welches Land ausreichend auf einen Beitritt vorbereitet sei. Hierbei leiste der „Membership Action Plan“ wertvolle

Hilfestellung. Dass es noch mehr als ein Jahr dauern werde, bis die Allianz die notwendigen Entscheidungen treffen könne, hänge auch damit zusammen, dass die meisten Bewerber noch wesentliche Anstrengungen unternehmen müssten. Die Beitrittsaspiranten müssten stärkere Eigenverantwortlichkeit beweisen. Dies beziehe sich nicht nur auf die Verteidigungsbemühungen, sondern auch auf die Vermittlung des Beitrittswunsches gegenüber der Öffentlichkeit und die Entwicklung ihrer demokratischen Institutionen. In dieser Beziehung spreche er auch jeweils bilateral klare Worte mit den Betreffenden. Angesichts der Breite der Agenda halte er es nicht für notwendig, in seinem Bericht auch das Thema nationale Raketenabwehr anzusprechen. Insgesamt wolle er aber auf die großen Verdienste der Versammlung hinweisen. In allen entscheidenden Bereichen habe sie weiterführende Hinweise gegeben. Ihre Beratungen schüfen für manche Entscheidung erst die erforderlichen Grundlagen.

Auf die entsprechende Frage des litauischen Delegationsleiters **Gricius** wies er die Auffassung zurück, man könne sozusagen einen Automatismus für den Beitritt durch einen Kriterienkatalog herbeiführen und damit einen „Sonderfall Baltikum“ ausschließen. Beitrittskriterien seien zwar wichtig und seien durchaus auch gegeben. Die Entscheidung sei aber in erster Linie eine politische. Da alle im Saal Anwesenden Politiker seien, wüssten sie, dass man derartige politische Abwägungen nicht an Hand technischer Kriterienkataloge treffen könne. Hierzu gehöre weit mehr, und dieses mehr werde in den kommenden Monaten bis zur Entscheidung in Prag geschehen. Den von amerikanischen Senator **Smith** geäußerten Sorgen, die NATO werde aufgrund der Bemühungen um eine Stärkung des europäischen Pfeilers bei gleichzeitiger Unterfinanzierung zu bürokratisch entgegnete **Lord Robertson,** die NATO als erfolgreichste internationale Organisation sei zwar noch verbesserungsfähig, aber daran werde noch gearbeitet. Die Befürchtungen einer erhöhten Bürokratie auf Grund der Bemühungen um eine stärkere europäische Sicherheits- und Verteidigungsintensität seien aber unbegründet. Die teilweise komplexe Struktur, die es tatsächlich nur noch wenigen Eingeweihten ermögliche, alle Entscheidungsabläufe zu verstehen, sei eine notwendige Folge der immer komplexer werdenden Aufgaben der NATO. Während des Kalten Krieges habe es der NATO-Rat pro Jahr auf etwa 15 Sitzungen gebracht, im letzten Jahr habe er 200mal zusammentreten müssen. Die NATO sei nicht mehr nur einfach eine Verteidigungsorganisation in einem dualen Konflikt, sondern nehme umfangreiche, weit über die reine Verteidigung hinaus gehende Aufgaben in zahlreichen Spannungsgebieten wahr. Eine stärkere Eigenverantwortlichkeit der europäischen NATO-Partner werde zu einer besseren Aufgabenverteilung und damit eher zu einer Vereinfachung der Arbeit der Organisation beitragen. Dabei wolle er durchaus anerkennen, dass die Organisation die einzige sei, in der die USA sich bereit fänden, statt weniger mehr Beiträge zu leisten. Der **Generalsekretär** bedauerte, dass trotz gegenteiliger Pressemeldungen aus Budapest es mit der Türkei bisher keine Einigung in Bezug auf die Inanspruchnahme von NATO-Einrichtungen für Aktionen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik gefunden worden sei. Allerdings habe es in Budapest substanzielle Fortschritte gegeben. Er sei optimistisch, dass auch dieses Problem gelöst werde.

Zum Problem der Auseinandersetzung in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien unterstrich der Generalsekretär die erfolgreichen Bemühungen der NATO, bewaffnete Rebellen zu entwaffnen. Die NATO halte zahlreiche terroristische Personen bereits an der Grenze auf und sei dafür auch mit sehr gutem Material ausgestattet. Außerdem unterstütze die NATO die mazedonische Armee. Schließlich habe man auch ein Liaison-Office in Skopje eingerichtet. Nicht die NATO habe die Albaner ermutigt, sondern die Untaten Milosevics seien die Ursache für sämtliche Gegenreaktionen gewesen. Die NATO habe sich völlig unzweideutig für die Integrität Mazedoniens und gegen die terroristischen Aktivitäten seiner Gegner ausgesprochen. Dem rumänischen Abg. **Roman** antwortete der **Generalsekretär** auf entsprechende Fragen, dass der Balkan und seine Probleme in der Tat wesentlich größer seien als Kosovo, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien. Ihm sei auch klar, dass das Wort zutreffe, dass der Balkan inzwischen zwar kein „single market“, aber ein „single black market“ sei. Hier gebe es Einsatzfälle für die NATO, sie sei dort aber nicht vorrangig zuständig. Der US-amerikanische Abg. **Bereuter** gab dem **Generalsekretär** Veranlassung, zur Frage der Beziehungen zwischen NATO und den Vereinten Nationen darauf hinzuweisen, dass er der erste NATO-Generalsekretär gewesen sei, der vor dem VN-Sicherheitsrat gesprochen habe. In Fragen des Wiederaufbaus demokratischer Institutionen verfüge die VN über weit reichende Erfahrungen und sei prädestiniert, hierbei Unterstützung zu leisten. Deshalb sei eine enge Zusammenarbeit zwischen VN und NATO erforderlich und finde auch statt.

Eine Frage des norwegischen Abg. **Lilletun** reizte den Generalsekretär dazu, anzumerken, dass es ihm sehr bewusst sei, dass gerade neutrale Staaten wie Schweden und Finnland – so paradox das klinge – auf eine schnelle Aufnahme der baltischen Staaten in die NATO drängten.

In seiner Rede wies der litauische Ministerpräsident **Paksos** darauf hin, dass in Litauen nicht nur eine politische Elite den Beitritt des Landes zur NATO wünschte, sondern dass die junge Generation überwiegend diesen Wunsch teile. Dies hinge auch nicht zusammen mit reiner Furcht vor Russland. Mehr als 50 % hätten bei einer Umfrage angegeben, dass sie die NATO-Mitgliedschaft als Garantie von Sicherheit, Stabilität und einem sicheren Investitionsklima in Litauen sehen, während nur knapp 24 % den NATO-Beitritt mit der Angst vor Russland begründet hätten. Russland werde den NATO-Beitritt hinnehmen und eines Tages verstehen, dass er auch zu Russlands Vorteil sei. Litauen habe sich bereits voll verpflichtet, das Nötige zu tun. 2 % des Bruttosozialproduktes würden für Verteidigung ausgegeben und alle politischen Parteien hätten eine langfristige Verteidigungsvereinbarung unterzeichnet. Litauen habe vor elf Jahren für Freiheit und Demokratie optiert. Der Molotow-Ribbentrop-Pakt dürfe nicht auf ewige Zeiten wie ein Damoklesschwert über ihnen hängen. NATO- und EU-Mitgliedschaft

seien eng miteinander verbunden, aber die Integration in die transatlantische Verteidigungsgemeinschaft sei unabdingbar. Insofern verwies er auch auf die „Erklärung der Neun“ vom vergangenen Jahr und ihre Wiederholung in Bratislava.

Zu dem neu geschaffenen Instrument der „Deklaration“ konnten Gruppen von Delegierten bzw. Delegationen Änderungsanträge einbringen.

Auf eindringlichen Wunsch des Versammlungspräsidenten gab es zur Deklaration zu Thema NATO-Erweiterung nur eine einzige Ergänzung, die es – wie es der Wunsch der Versammlungsleitung gewesen war – vermied, einzelne Länder zu benennen. Im Ergebnis bekräftigte die Erklärung die bereits in Berlin beschlossene Passage und ergänzte sie durch einen einstimmig angenommenen Zusatz, nach dem keinem Staat ein Vetorecht bei dieser Erweiterung zukommt.

Zu der Deklaration zu Südosteuropa lagen zwar 14 Änderungsanträge vor; auch diese wurden jedoch in großer Einigkeit beraten. Abgelehnt wurde lediglich ein Änderungsantrag der Delegation der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, mit dem eine stärkere anti-terroristische Formulierung der Passage zu diesem Land erreicht werden sollte. Die Türkei wandte sich dagegen, dass im Zusammenhang mit Bosnien-Herzegowina „alle“ Beteiligten aufgefordert wurden, eine Rückkehr der Flüchtlinge zu ermöglichen, weil nach Sicht der türkischen Delegation damit zu Unrecht auch die Bosniaken angesprochen seien. Dennoch fand der eingebrachte Änderungsantrag eine Mehrheit. Im Übrigen wurden die Änderungsanträge durchgehend mit breitester Mehrheit angenommen. Das Gleiche galt für die Erklärung in der abgeänderten Form.

Berlin, den 24. April 2002

Markus Meckel
Leiter der Delegation

gez. Florian Gerster



Druck: MuK. Medien- und Kommunikations GmbH, Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28 / 3 82 08 40, Telefax: 02 28 / 3 82 08 44
ISSN 0722-8333